

Tür der Stiftshütte
Schuldopfer brin-
riester soll ihn ent-
Schuldopfer vor
der Sünde, die er
ihm Gott seine
er getan hat.

Land kommt
zt, von de-
hre ersten
sie unrein
ahre lang
n anse-
vier-

chendeutern und sollt sie nicht be-
fragen, daß ihr nicht an ihnen unrein
werdet; ich bin der HERR, euer
Gott.

32 *Vor einem grauen Haupt sollst
du aufstehen und die Alten ehren und
sollst dich fürchten vor deinem Gott;
ich bin der HERR.*

33 Wenn ein Fremdling bei euch
wohnt in eurem Lande, den sollt ihr
nicht bedrücken. 34 Er soll bei euch
wohnen wie ein Einheimischer unter
euch, und du sollst ihn lieben wie
dich selbst; denn ihr seid auch
Fremdlinge gewesen in Agyptenland.
Ich bin der HERR, euer Gott.

35 Ihr sollt nicht unrecht handeln

sein Geschlecht
die wie er mit de
rei getrieben hal
ausrotten.

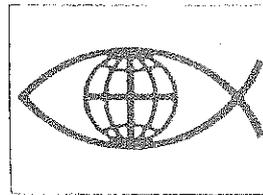
6 Wenn sich i
sterbeschwörem
tern wendet, da
götterei treibt, s
litz gegen ihn ke
seinem Volk aus
ligt euch und s
bin der HERR, e
tet meine Satzu
bin der HERR, d

9 Wer seinem
Mutter flucht,
sterben. Seine
über ihn, weil e
seiner Mutter ge
emand die Ehe
eines Nächsten
Todes sterben. I
brecherin, weil e
Nächsten die E
Wenn jema
aters Umg
Vater sch
Todes

Alltag Runder Tisch? **** Kirchliche Ausländerarbeit **** Hinweise
zum Asylverfahren **** Fluchtursachen bekämpfen **** Empfehlun-
gen für Gemeinden bei Abschiebung **** Bjelorußland **** Buchtips

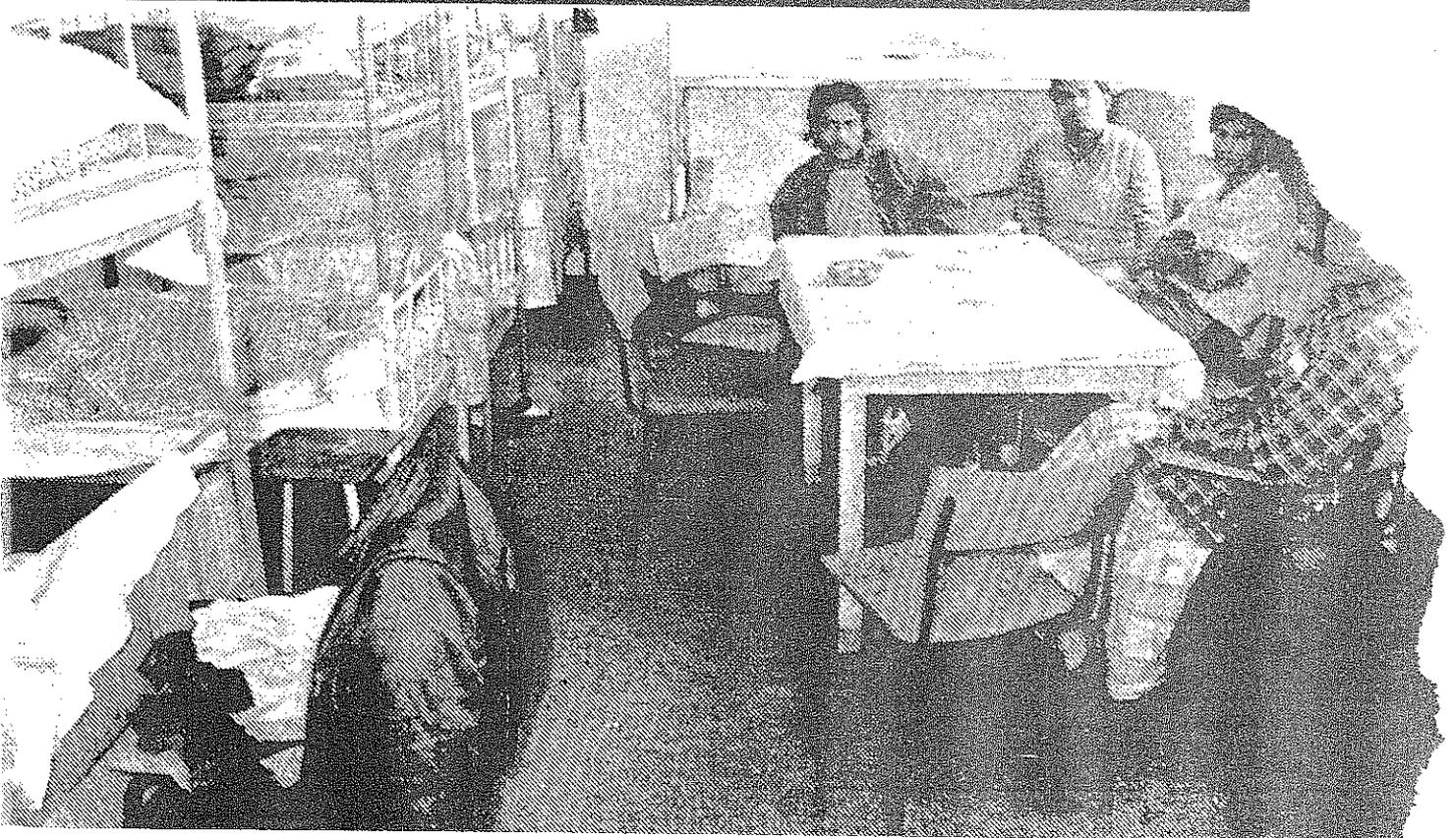
1991 8

NAH & FERN



Ein Material- und Informationsdienst
für ökumenische Ausländerarbeit

Georgenkirchstr.70
O - 1017 BERLIN
Tel.438 32 26



Neue Kontonummern:
Landeskirchl. Kreditgen.
Sachsen eG Dresden
Kto: 100570029
BLZ: 05095164

In eigener Sache... In eigener Sache...

NAH & FERN wird ab dieser Nummer in gemeinsamer Trägerschaft von

Berliner Missionswerk, Referat Ausländerarbeit, Georgenkirchstr. 70, O - 1017 Berlin, Tel. 4383 220,

Leipziger Mission, Ausländerbeauftragter, Paul-List-Str. 17-19, O - 7010 Leipzig, Tel. 32 60 47,

EKD-Außenstelle, Referat Ausländerfragen, Auguststr. 80, O - 1040 Berlin, Tel. 2886 115 und der

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (AGCK), Auguststr. 80, O - 1040 Berlin, Tel. 28860 herausgegeben.

Wer für die ökumenische Ausländerarbeit und für die Erstellung dieser Zeitschrift spenden möchte, kann das tun auf folgende Kontonummer: ~~10056004~~ ~~BLZ: 100 500 00~~ Verwendungszweck: ~~3701~~ (N&F)



I N H A L T

Altlast Runder Tisch?.....	S.3
Chancen und Aufgaben kirchlicher Ausländerarbeit.....	S.4
Geschwister kennen keine Grenzen.....	S.6
Flüchtlinge sind eine Chance.....	S.8
CORINNA - in Ostberliner Gemeinde untergebracht.....	S.8
BERICHTE: "Woche der ausländischen Mitbürger".....	S.10
GOTHA, GÖRLITZ.....	S.10
EISENHÜTTENSTADT, DRESDEN.....	S.11
FREIBERG.....	S.12
Sehnsucht nach der reinen Seele (Bjelorußland).....	S.15
INITIATIVEN (Kleopatra & Kaliban, Wir e.V., ISA, Eurokultur Ost, Bunte Republik Deutschland).....	S.16
BUCHTIPS.....	S.19
NACHRICHTEN / INFOS.....	S.21
Essener Erklärung.....	S.24
Erklärung eines Betroffenen.....	S.26
Hinweise zum Asylverfahren.....	S.27
Fluchtursachen bekämpfen (PRO ASYL).....	S.29
Empfehlungen für Gemeinden (Hilfe b. Abschiebung).....	S.32
Presseerklärung sächsischer Bischöfe.....	S.34
ADRESSEN, TERMINE.....	S.35

Redaktionskreis: Dagmar Henke (BMW),
Dieter Braun (LM),
Klaus Pritzkeleit (EKD, AGCK)
V.i.S.d.P.: Direktor Hans Luther (BMW)
Redaktion: Dagmar Henke,
Christiane Weißenhagen, Uta Amme
Lay-out: Matthias Amme
Druck: Druckerei REIHER, Raabestraße 1

"Altlast" Runder Tisch?
 Cornelia Schmalz-Jacobsen zum neuen Amt
 Christfried Berger

Dringender und sicher auch schwieriger als je zuvor ist das Amt einer oder eines Ausländerbeauftragten, sei es nun auf der Ebene einer Kommune, einer Landesregierung oder des Bundes. Mit Cornelia Schmalz-Jacobsen hat die Bundesregierung eine Nachfolgerin für Frau Funcke berufen. Auch aus den neuen Bundesländern begleiten sie die guten Wünsche all derer, die mit wachsender Sorge, manchmal mit Resignation, viel öfter aber mit großem Engagement die Entwicklung in unserem Land beobachten und die zugleich enttäuscht sind von dem nicht enden wollenden und Unsicherheit verbreitenden Diskussionen in der Noch-Regierungsstadt Bonn.

Freilich: Ganz ungeteilt dürfte sich auch die neue Ausländerbeauftragte über die Ergebnisse der Strukturdebatte über Umfang und Mandat ihres Amtes nicht freuen. Die Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung bei Amtsantritt veröffentlichte, bleiben weit hinter den Erwartungen zurück, die seit den engagierten Forderungen von Frau Funcke zur Diskussion standen. Als Liselotte Funcke von ihrem Amt zurücktrat, nannte sie drei Gründe für ihre Resignation: die mangelnde Unterstützung durch die Politik, der fehlende Einfluß auf Entscheidungen der Regierung und die wachsende Ausländerfeindlichkeit, besonders in den neuen Bundesländern. Mehr Kompetenz und eine bessere Ausstattung des Amtes der Ausländerbeauftragten - das waren Ziele, die verständlich, berechtigt und in keiner Weise unerfüllbar gewesen wären. Die auf Vorschlag der Arbeitsgruppe Ausländerfragen beim Zentralen Runden Tisch von der DDR-Regierung getroffenen Regelungen für das Büro der Ausländerbeauftragten zeigten die Spielräume, die eine Regierung bei solchen Organisations- und Strukturfragen hat: die Ausländerbeauftragte der damaligen DDR erhielt im März 1990 den Rang einer Staatssekretärin und hatte das Teilnahmerecht an allen Sitzungen des Ministerrates; alle die Ausländerpolitik betreffenden Gesetze gingen über ihren Schreibtisch; ihr Mandat bezog sich nicht nur - wie bei Frau Funcke - auf die ausländischen Arbeitnehmer, sondern auf alle Ausländerangelegenheiten. Und schließlich hatte der erste freigewählte Ministerpräsident de Maizière bereits in seiner Regierungserklärung das Ziel einer offenen und toleranten Ausländerpolitik proklamiert. Solch ein Modell mag Frau Funcke vor Augen gestanden haben, als sie eine Verstärkung ihres Amtes forderte, die sie nicht, wie gehofft, bereits bei der Regierungsbildung nach der Wahl am 2. Dezember 1990 durchsetzen konnte.



aus einem Holzschnitt von Muafangeju/ Namibia

Das Ergebnis der Strukturüberlegungen in Bonn, mit dem die neue Ausländerbeauftragte nun leben muß, ist vergleichsweise mager und zeigt einmal mehr, welch niedriger Stellenwert der Ausländerpolitik durch die CDU-Regierung eingeräumt wird. Zwar ist ihr Mandat erweitert worden und schließt nun neben den ausländischen Arbeitnehmern auch die Ausländer mit ein, die sich aufgrund einer Aufenthaltserlaubnis, einer Aufenthaltsberechtigung oder einer bilateralen staatlichen Vereinbarung in Deutschland aufhalten, während die Asylpolitik in gewohnter Weise dem Innenminister vorbehalten bleibt. Zwar besteht die Absicht, die Ausländerbeauftragte an den Vorbereitungen aller Gesetze und Verordnungen zum Thema Ausländer zu beteiligen, aber eine Absichtserklärung ist kein verbrieftes Recht, und von einem regelmäßigen Zugang zum Kabinett war bisher nicht die Rede. Zwar sind die Haushaltsmittel für ihr Amt etwas erhöht worden, aber die in der Presse mitgeteilte Etatsumme von 400 000 Mark ist eine lächerlich geringe Summe angesichts eines Milliardenhaushaltes und der erheblich gewachsenen Aufgaben gerade dieses Amtes. So wird auch die neue Ausländerbeauftragte innerhalb der Regierungsstrukturen zu kämpfen haben. Solche Reibungsverluste aber schaden dem eigentlichen Auftrag.

Obwohl also Frau Funckes Rücktritt zu kleineren Verbesserungen beigetragen hat, bleibt ein bitterer Nachgeschmack: die vergleichsweise positiveren Erfahrungen in den letzten Monaten der Noch-DDR standen offensichtlich nicht zur Diskussion. Die vom Runden Tisch erarbeiteten Empfehlungen wurden nicht als ein Denkmodell herangezogen. Gehört auch das zu den "Altlasten" der Bürgerbewegungen, die man diskreditieren oder totschweigen will? Die "Altlast" Runder Tisch aber ist derweil in den neuen Bundesländern noch nicht vergessen. Ganz im Gegenteil sind besonders nach den Ereignissen von Hoyerswerda in etlichen Kommunen neue "Runde Tische" für Ausländerfragen entstanden, die die relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu gemeinsamer Beratung zusammenführen sollen und so die Arbeit des oder der jeweiligen Beauftragten unterstützen können. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung. Die "Lernschritte Demokratie" sind vielleicht doch nicht ganz vergeblich gewesen. Die neue Ausländerbeauftragte hat die Berufung eines "Beirates" zur Diskussion gestellt. Ansätze dafür gab es in der Nachfolge des Runden Tisches auch in der DDR. Frau Funcke ist über diese Überlegungen inzwischen weit hinausgegangen: Vor der Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen forderte sie am 12. November 1991 einen "Runden Tisch" aller Verantwortlichen, einschließlich der Kirchen. *"Die Ursachen für Flucht und Wanderung müßten ermittelt, die Asylverfahren beschleunigt und eine begrenzte, geregelte Einwanderung ermöglicht werden."* Cornelia Schmalz-Jacobsen wäre sicher gut beraten, wenn sie möglichst bald solche Vorschläge aufgreifen würde. In diesem Sinn wünschen wir ihr einen mutigen Umgang mit der "Altlast Runder Tisch".

Berlin, 21. November 1991

Chancen und Aufgaben kirchlicher Ausländerarbeit

Dagmar Henke

Kirchliche Ausländerarbeit ist zuallererst Sache der Gemeinde. Die Mission Gottes an den Menschen ist, sich an die Seite derer zu stellen, die des Evangeliums bedürfen. Wie das konkret aussieht, ob in seelsorgerlichem, diakonischem oder einfach nur begleitendem solidarischem Handeln, entscheidet der einzelne Augenblick, die Situation. Es geht um eindeutige Stellungnahme, Eindeutigkeit, nicht Einseitigkeit. Aus den vorangegangenen Betrachtungen lassen sich doch mehr Anknüpfungspunkte ersehen, als es sonst zu erkennen gibt. Die lebendigen und kraftvollen Elemente kirchlicher Ausländerarbeit waren und sind die Einzelnen, die Engagierten, die Gruppen und Initiativen als Verbündete oder Mitarbeiter oder Partner in der Kirche, der Gemeinden, Gemeindeglieder und Älteste.

Unverzichtbar und aus der Vergangenheit bewährt hat sich der ökumenische Charakter. Ökumene meint auch den Dialog und die Zusammenarbeit mit anderen Religionen und Menschen, die, weil die DDR atheistisch war, den Weg zum Glauben nicht oder vielleicht auch noch nicht gefunden haben. Ökumene könnte ich mir im weitesten Sinne als demokratischen Prozeß, als Dialog, ja als Weiterführung dessen, was mit dem konziliaren Prozeß in der DDR an Brückenbau zueinander begonnen hat, denken.

Ausländerarbeit unter dem Stichwort *Nahe Fremde - fremde Nähe* bedeutet, daß das kein Exklusivthema ist, das mal behandelt wird, aus welchem Grund auch immer; es muß der Grundtenor unserer Gemeindeftheologie werden.

Auch die Bibel löst den Begriff des Fremden und der Fremdlingschaft nicht auf. Ausländerarbeit, *Fremde in unserer Mitte*, darf nicht allein an die Wohlfahrtsverbände delegiert werden. Es ist wichtig, diakonische Arbeit zu leisten, aber es ist genauso wichtig, Begegnung auf partnerschaftlicher Ebene, im theologischen Gespräch oder zwischenmenschlichen Dialog zu bewahren und zu fördern.

Es ist auch wichtig, daß es zentrale Anlaufstellen, wie etwa die Ausländerbeauftragten der Kirchen oder der Missionswerke usw., Erfahrungen sammeln, bündeln und Impulse aussenden. Die Vernetzung der verschiedenen Erfahrungen und Handlungsfelder können im einzelnen und vor Ort wichtige Hilfe sein. Vielleicht läßt sich in den Kommunen oder Gemeinden die Tradition des Runden Tisches zu diesen und anderen Themen wieder aufnehmen.

Wichtig ist, daß Ausländerarbeit nicht isoliert vom gesellschaftlichen Umfeld und von den gesellschaftlichen Prozessen passiert. Es müssen alle Stimmen gehört und in die Diskussion oder die Aktion miteinbezogen werden, so sie es selbst auch wollen. Für die Kirchengemeinde kann das bedeuten, daß sie der Ort und vielleicht auch die Plattform solcher Dinge sein kann. Dort fließen viele Meinungen zusammen, dort gibt es auch Strukturen und Möglichkeiten, Entscheidungen umzusetzen. Ich denke dabei an das Thema "Asyl in der Kirche". Eine allgemeine Anleitung, was wogegen oder wofür getan werden kann oder muß, gibt es nicht.

Gemeinden müssen selbst ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen je nach der Situation und der anstehenden Herausforderung allein abstecken. Das kann im Einzelfall heißen, daß eine Gemeinde sich entschließt, eine Beratungsstelle aufzumachen, die Trägerschaft für ein Asylbewerberheim zu übernehmen, Asyl für von der

Abschiebung bedrohte Flüchtlinge zu gewähren in den Räumen der Kirchen, gemeinsame Feste zu veranstalten, Gespräche zu führen etc. Was auch immer eine Gemeinde als ihre Sache ansieht, es wird immer eine eigenen Entscheidung sein, an der so viele wie möglich mitbeteiligt sein sollten, die mittragen können. Vielleicht beginnt manches in einem Seminar zu dem Thema oder bei einer Ältestenrüste.

Wichtig ist auch, daß die, die schon länger in der Arbeit stehen, ihre Erfahrungen weitergeben und für andere nutzbar machen. Das gilt sowohl im praktischen Bereich, bei der Kontaktvermittlung, Beratung usw. als auch in der theologischen Diskussion.

Die Kirche und die Kirchen müssen den interreligiösen Dialog fördern und weiter betreiben.

Die theologischen Diskussion auch an den Hochschulen und Seminaren müssen das Thema Fremdlingschaft theologisch und wissenschaftlich aufarbeiten angesichts der Herausforderung, die die Veränderungen in Europa mit sich bringen.

Die Wahrheit unseres Glaubens erschließt sich im Glauben und im Handeln. Auf jeden Fall ist die Besinnung, wohin wir als Kirche gehen, wichtig, um aus der sich immer mehr selbstverwaltenden Kirche wieder zur lebendigen Kirche zu werden. Unterwegs zu den Menschen sein, die des Evangeliums bedürfen, wird sicher auch heißen, Flüchtlinge zu begleiten, selbst mit auf der Flucht zu sein. Das Spannungsfeld, auf der Flucht zu sein und zugleich Zuflucht zu bieten, wird zu unserem Bewährungsfeld werden.

Kirchen und Gemeinden haben sich im besonderen an die Menschen zu wenden, die durch die gesellschaftlichen Umbrüche haltlos geworden sind und nach dem Glauben fragen. Sie werden uns wichtige Gesprächspartner sein im Dialog auch mit anderen Religionen.

Eine weitere und besonders wichtige Aufgabe ist das Gespräch mit Jugendlichen und den Kindern. Nicht umsonst sind Radikalisierung, rassistische Tendenzen, die Neonazis besonders unter Jugendlichen weit verbreitet. Mit besonderer Sorgfalt und mit großer sensibler Geduld müssen diese Themen im Gesamtgeschehen Gemeinde immer wieder eingebracht und bearbeitet werden. Erfahrungsorientierter Unterricht in den Gemeinden könnte vielleicht als Stichwort hierfür dienen.



Mama Conga Sabina trommelt in der Cabana Berlin

Pflege und Ausbau der ökumenischen Außenkontakte, der Beziehungen zu Kirchen aus den Herkunftsländern der Flüchtlinge oder Migranten müßte sowohl auf kirchenleitender Ebene als auch auf Gemeinde- oder Kirchenkreisebene gefördert und in den gesamten Integrationsprozeß oder Prozeß des Gemeindeaufbaus mit einbezogen werden. Konkrete Kontakte, konkrete Aufgaben helfen manchmal mehr, Schwierigkeiten und Fremdheiten zu überwinden als langes Reden.

Es gibt gute und tragfähige Anknüpfungspunkte aus unseren DDR-Erfahrungen, mit denen man weiterarbeiten kann, auf die man aufbauen kann. Es wird ein langer und durchaus schmerzhafter Prozeß sein, den Kirche und Gesellschaft jetzt vor sich haben. Es wird Zeit brauchen und es wird neue Wunden neben den alten geben, denn die Widerstände gegen Fremde, gegen Fremdlinge, die auf einmal da sind und uns in Anspruch nehmen, werden immer stärker. Was wir ehemaligen DDRler einbringen können, sind unsere Erfahrungen als *Kirche in der Diaspora, als Kirche im Sozialismus, Kirche als Minderheit*. Es ist die Erfahrung, als Fremdling in der Gesellschaft angesehen zu werden. Einzubringen haben wir die Erfahrungen der Kraft unseres demokratischen Willens, der sich im konziliaren Prozeß vor, in und nach der Wende gezeigt hat. Wir können anknüpfen an diese Kraft, an dieses Vertrauen und an die Erfahrungen, Konflikte durch Dialog lösen zu können. Anknüpfen können wir an die Kontakte zu Menschen, die wir in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Verantwortlichkeiten wissen, denn viele von ihnen sind aus unserer gemeinsamen Arbeit, aus dem gemeinsamen Willen, neue Lebensmodelle zu finden, hervorgegangen. Anknüpfen können wir an diese Vertrauensstrukturen, die damals gewachsen sind und die heute zum größten Teil noch bestehen. So besteht in der Rückschau, aus der Besinnung heraus, was eigentlich in den letzten Jahren geschehen ist, ein anderes Bild der Wirklichkeit in den neuen Bundesländern, der alten DDR. Ohne die Probleme und Gefahren zu übersehen oder wegwischen zu wollen, ohne zum Positivisten zu werden glaube ich daran, daß nicht Verharren in Angst oder Fassungslosigkeit einzige Antwort auf die Entwicklungen in Deutschland sein müssen. Damit räumt man den aggressiven und rechten Kräften zu viel Platz und Macht ein.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Leben und Bewegung Widerstehen bedeutet und daß Freiheit nur miteinander zu haben ist. An diesen Punkten sollten wir weitermachen, mit diesen Erfahrungen an die Herausforderungen unserer Zeit herantreten. Kirche wird dabei wesentliche Verantwortung zu tragen haben.

Geschwister kennen keine Grenzen

Stephan Braun

Was wäre die Bundesrepublik ohne Ausländer?

Stallmist haben Einheimische dem Somalier Hassan Abdirahman vor die Tür geworfen und seinen Briefkasten mit übelriechendem Dreck verstopft. Und dies zweimal in einer Woche. Abdirahman hatte es gewagt, in einem Leserbrief von seiner "doppelten Tragödie" zu schreiben: *"das gottgegebenen Recht auf ein friedliches Leben in meinem Land verloren zu haben und gezwungen zu sein, hier in dieser feindlichen und rassistischen Atmosphäre zu leben"*.

Ein Einzelfall? Noch. Das Verlangen nach scheinbar einfachen Antworten in einer unüberschaubarer werdenden Welt nimmt zu. Wer sich selbst nicht sicher ist, fühlt sich durch andere bedroht. Wer Angst hat um seinen Arbeitsplatz, seine Wohnung, vor den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und sich gegenüber wirtschaftlichen, technischen, sozialen und geistigen Entwicklungen ohnmächtig fühlt, sucht Sündenböcke. Im Konflikt mit ihnen, so scheint es,

könne er auf der Seite der Mächtigen und Erfolgreichen stehen, das eigene Selbstwertgefühl stabilisieren und Angst abbauen. Er, der Angst hat, zu den Verlierern zu zählen, grenzt sozial Schwache aus. Ihm wird der Fremde unheimlich, weil er unbehaust daherkommt und den Einheimischen Heimat und Geborgenheit zu nehmen scheint. Der Ruf "Ausländer raus" schwillt an.

Ein Land ohne Ausländer?

Was aber geschähe, wenn sie gingen? Hartmut Scupin, Sozialbürgermeister der Stadt Sindelfingen, skizziert dies für seine Stadt so: *"Die Wirtschaft würde erdbebenartige Stöße auszuhalten haben."* Viele Restaurants müßten zumachen, die Hotels ihren Service einschränken. Das Krankenhaus hätte große Schwierigkeiten, das Pflegepersonal zu ergänzen. Die Versorgung in der Krankenhausküche würde zusammenbrechen. Die Stadtreinigung wäre empfindlich

gestört, die Pflege der örtlichen Grünanlagen stünde vor großen Schwierigkeiten. Manches Gebäude könnte nicht mehr gebaut, manches Auto und andere Dinge nicht mehr produziert werden. Einzelhandelsgeschäften und Kaufhäusern würden Mitarbeiter fehlen. *"Die gesamte Wirtschaft der Stadt, die Bürgerschaft, das Wohlbefinden der Menschen würden ganz erheblich gestört."*

Langfristig wären die Folgen noch tiefgreifender. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kommen in der Bundesrepublik im Jahr 2030 auf 100 Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren 235 über Sechzigjährige. *"Alterssklerose"* nennen die Politikwissenschaftler dieses Schreckgespenst einer überalterten Bevölkerung, in der die Jungen auch keine politische Lobby mehr haben. Das Szenario für die ersten Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts ist vorgezeichnet. Bei dem berechneten Schwund von 10 bis 15 Millionen Deutschen droht vor allem ländlichen Gebieten eine Ausdörrung. Zahllose kleine Gemeinden werden sich Schulen, Kindergärten und andere Kultureinrichtungen nicht mehr leisten können. Ausgediente Bahnhöfe und stillgelegte Bahnstrecken werden zu Wahrzeichen solcher Dörfer. Privater Haus- und Grundbesitz verliert mangels Nachfrage an Wert. Wer Arbeitsmigranten zurückschicken, den Zuzug ihrer Angehörigen stoppen, die Einreise von Flüchtlingen drosseln oder ihnen weiter Arbeitsverbot verordnen will, muß damit rechnen.

Ein Einwanderungsland

Es sind die ausländischen Mitbürger, die die demographische Abseitsentwicklung der Bundesrepublik bislang gebremst haben.

Eine Studie der Universität Bielefeld besagt, daß von 1975 bis 1984 auf je 100 Neugeborene deutscher Staatsangehörigkeit 103 Zuwanderer über die Bundesgrenzen kamen. Tatsächlich ist die deutsche Geschichte durch Einwanderungen von Minderheiten geprägt: durch Juden, Sinti, Holländer, Waldenser, Hugenotten, Salzburger oder Polen, die aus unterschiedlichen Gründen in deutsche Länder kamen und ihre kulturelle Tradition mitbrachten.

Die Mitmenschen, die wir *"Gast"-arbeiter* nennen, sind durch Regierungsabkommen mit Italien, Spanien und der Türkei von 1955 an in das aufstrebende Land des Wirtschaftswunders geholt worden. Schnell haben die Arbeitgeber den Fleiß und die Lernbereitschaft dieser Ausländer schätzen gelernt. Sie wollten nicht, daß das Know-how dieser Menschen alle paar Jahre verloren ginge. So wurde auf den Druck der Wirtschaft hin das ursprünglich erwogene Rotationsprinzip verworfen, wonach *"Gast"-arbeiter* nach drei oder vier Jahren in ihre Heimat zurückkehren und durch andere ersetzt werden sollten. Im Bausektor ist derzeit jeder zehnte Arbeitnehmer Ausländer, im

Gaststättengewerbe jeder fünfte, in Gießereien jeder vierte, im Bergbau jeder dritte. Sie leisten schwere körperliche Arbeit und Schichtarbeit und sind auch in Zukunft nicht durch Deutsche zu ersetzen.



Wohlstand und Herzlichkeit

Die hohe Arbeitslosigkeit läßt sich durch die Anwesenheit ausländischer Mitbürger nicht begründen. Von den knapp zwei Millionen deutschen Arbeitslosen im vergangenen Jahr sind die Hälfte Frauen, die meist Halbtagsarbeit suchen. Jeder vierte deutsche Arbeitslose ist gesundheitlich nicht voll belastbar, viele sind ungelernete Arbeiter oder über 50 Jahre alt. Sie können diese Arbeit nicht übernehmen. Unternehmer zahlen bereits Kopfgeld an Mitarbeiter, die ihnen helfen, neue Stellen zu besetzen. In der Umgebung der Aufnahmelager für Übersiedler schlagen Firmen ihre Stellenangebote an Bäumen an, um der Konkurrenz die besten Kräfte wegzuschnappen. Übersiedler und ausländische Arbeitnehmer schaffen und erhalten, wie ihre bundesdeutschen Kollegen, bundesdeutsche Arbeitsplätze. Zehn Milliarden Mark Lohnsteuer haben allein die ausländischen Arbeitnehmer im vergangenen Jahr gezahlt. Ausländische Selbständige erwirtschafteten im gleichen Zeitraum einen Umsatz von 80 Milliarden, knapp sieben Milliarden mehr als die Daimler-Benz-AG. Wie ließen sich diese Abermilliarden ersetzen?

Es ist nicht nur Wohlstand, den ausländische Mitmenschen beschenken. *"Der Reichtum einer Stadt mißt sich nicht am Geld allein"*, sagt Hartmut Scupin. Er schätzt die kulturelle Vielfalt, die Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft der Menschen anderer Herkunft in unserem Land. Als er vor Jahren nach Sindelfingen zog, waren es nicht Schwaben, sondern Kroaten, die ihn zum ersten Mal einluden. Herzlichkeit, Feinfühligkeit und die Fähigkeit, Freude und Trauer zeigen zu können, sei von diesen Menschen zu lernen. *"Als Christ gibt es für mich keine Ausländer"*, sagt Scupin. *"Wenn es stimmt, daß der Mensch Ebenbild Gottes ist, ist die Ebenbildlichkeit nicht auf die Nation oder Hautfarbe beschränkt."* Die Frage der Geschwisterlichkeit sei keine Frage der Grenzen, die irgendwann von irgendwem gezogen wurden.

Flüchtlinge sind eine Chance!

Pfarrer Jacob Schädelin sprach über die Arbeit in seiner Gemeinde

Sindelfingen. Keine "Flut" oder "Welle" sei es, wenn Flüchtlinge in den reichen europäischen Ländern Zuflucht suchen, sondern eine "Chance" und "Glück". Diese Ansicht vertrat der Berner Pfarrer Jacob Schädelin, Referent eines Abends über Kirchenasyl, zu dem die evangelische Johanneskirchengemeinde und der Sindelfinger Arbeitskreis Asyl eingeladen hatte.

Schließlich seien es die Armen und Unterdrückten, die die Reichen, die Unterdrücker und die Seele der Kirchen retten", sagte Schädelin. Nach seiner Ansicht stellen die Flüchtlinge die Kirchen vor die Wahl, "Gott oder dem Mammon, den Kräften des Lebens oder den Kräften der Zerstörung zu dienen". Seine Gemeinde stand vor zwei Jahren vor dieser Wahl und habe sich klar entschieden. Innerhalb von sechs Tagen haben Familien aus seiner und aus weiteren elf Kirchengemeinden über 40 Tamilen, die von der Abschiebung bedroht waren, aufgenommen. Das sei ungesetzlich gewesen und habe fünf Menschen Strafverfahren eingebracht, die jedoch in zweiter Instanz gewonnen wurden. Die damals aufgenommenen Flüchtlinge leben noch heute in der Schweiz und in Sicherheit.

Von den Erfahrungen dieser Aktion berichtete Jacob Schädelin. Viel Schlimmes hatten die Gemeinden damals erlebt. Anonyme Briefe und Anrufe trafen bei den Pfarrern ein. Verbitterung von denen, die sich alleingelassen fühlten, kam zum Ausdruck: "Ich müßte wohl Tamile sein, daß zu mir der Pfarrer kommt", so eine Reaktion. Da wurde deutlich, so Schädelin, was "unserer Kirche fehlt" und wie "brüchig" unsere Grundrechte und unsere Wirtschaft sind. "Kaum sind ein paar tausend Flüchtlinge bei uns, werden Humanität, Gerechtigkeit, Solidarität, Schutz und einfaches Teilen zu leeren Worten. Die Übermacht unserer Wirtschaft offenbart sich als ihre Schwäche." Sie hinterlasse nur Verwüstung und Zerstörung. "Die Waffen, die in Europa produziert werden, schaffen erst Flüchtlinge, die zu uns kommen", sagte Schädelin.

Doch auch dies haben die Berner Kirchengemeinden erfahren: Auf einmal kam Leben in die Kirche. Leute, die schon lange nichts mehr von ihr wissen wollten, "kamen zurück und fragen nach dem Gott der Bibel". Aus dem Erzählen von Geschichten erwuchs den Flüchtlingen und ihren Helfern Kraft und Mut. Sie erzählten von den Menschen, die sich für dieselbe Sache stark machten, Geschichten aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, von Gandhi und vom Kirchenkampf im Nationalsozialismus. Schließlich seien es immer die Geschichten der Opfer, die Kraft gäben. Die Geschichten der Sieger "deprimieren nur", sagte Jacob Schädelin.

Stephan Braun

(aus: Sindelfinger Zeitung vom 22. 10. 88)

Corinna ist erstmal in der Kirche untergebracht...

Erste Ost-Berliner Gemeinde hat Flüchtling Unterschlupf gewährt

Berlin. Zwischen den erdrückend wirkenden Plattenbau-Hochhäusern ist der Seitenweg, der von der vierspurig ausgebauten Straße abbiegt, kaum erkennbar. Der trostlose Anblick der orange-braunen Häuserfassaden wird durch die Blumenkästen an den Balkonen kaum aufgelockert. Inmitten dieser riesigen Betonsilos in dem Berliner Neubaugebiet Marzahn bietet das Kirchengemeindehaus mit seiner großzügigen Glasfassade unter dem tief heruntergezogenen Dach aus Schiefer-Imitat einen erfrischenden Anblick. Jugendliche mit kurz geschnittenen Haaren stehen vor der Eingangstür und unterhalten sich. Aus dem Gottesdienstraum ertönt Gemeindegeseang, der von der Orgel begleitet

wird. Warum erklärt sich eine Gemeinde in der Trabantenstadt Marzahn, in der es genug soziale Probleme gibt, als erste Ost-Berliner Kirchengemeinde zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit?

"Ursprünglich wollten wir eine Roma-Familie aufnehmen, die akut von der Abschiebung bedroht war", erzählt der Pfarrer Cyrill Pech. In Marzahn hatte Hitler 1936 ein Lager einrichten lassen, in dem die Berliner Sinti und Roma interniert wurden. So wollte der Diktator die Stadt für die Olympischen Spiele "zigeunerfrei" machen. Aufgrund dieser belastenden Geschichte fühlt sich die Marzahner

Kirchengemeinde für die heute in Berlin lebenden Flüchtlinge besonders verantwortlich. Die Roma-Familie, die im Frühjahr abgeschoben werden sollte, hat inzwischen durch die Entscheidung der Härtefallkommission eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Jetzt hat die Gemeinde eine junge Rumänin aufgenommen, deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Corinna ist vor einem Jahr nach Deutschland gekommen, als das Ceausescu-Regime schon gestürzt war. Deshalb hatte sie von vornherein keine Aussicht auf Anerkennung als politischer Flüchtling. Ihr Antrag wurde nach wenigen Wochen abgelehnt. Corinnas Eltern leben seit mehr als zwei Jahren in Deutschland. Fast ein Jahr lang hat sie mit ihnen und ihrer kleinen Schwester zusammen in einem 20 Quadratmeter großen Zimmer gewohnt. Jetzt will das Sozialamt für die dürftige Unterkunft in dem Neuköllner Asylbewerberheim nichts mehr zahlen, weil Corinnas Visum abgelaufen ist. Der Wachschutz im Wohnheim paßt auf, daß sie dort nicht verbotenerweise übernachtet.

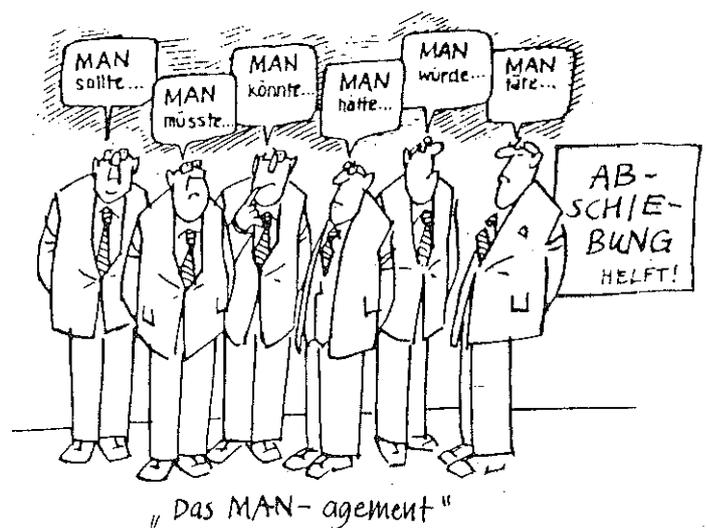
"Wir haben Corinna erstmal hier im Gemeindehaus untergebracht", erklärt die Sozialarbeiterin Christa Schröder. Komfortabel ist diese Unterkunft nicht: eine Matratze liegt auf dem Boden unter dem Dachfenster, ein Einbauschränk und eine braun-beige Couch im Fünfziger-Jahre-Stil vervollständigen die Einrichtung. Außerdem ist der als Abstellkammer geplante Raum Durchgang zum Arbeitszimmer des Pfarrers.

"Die ganzen amtlichen Dinge regelt zum Glück die Heilig-Kreuz-Gemeinde", fährt die Sozialarbeiterin fort, "deshalb brauchen wir uns um die Behördengänge nicht auch noch zu kümmern." In der Kreuzberger Gemeinde trifft sich allmonatlich der 1984 gegründete Arbeitskreis "Asyl in der Kirche", der die Aufnahme von Flüchtlingen in Berliner Kirchengemeinden organisiert. Wenn in der Vergangenheit, so wie jetzt, eine Abschiebewelle drohte, haben sich bis zu 45 Gemeinden bereit erklärt, einzelnen Asylbewerbern Unterschlupf zu gewähren. Nun kommen noch Ost-Berliner Gemeinden dazu, bisher allerdings erst drei.

Corinna ist ein "einfacher Fall", gerade richtig für eine Gemeinde, die mit der Unterbringung von Flüchtlingen noch keine Erfahrung hat. Schwierig wird es, wenn die Ausländerbehörde schon die Ausweisung verfügt hat. Die nicht mehr geduldeten Asylbewerber können das Kirchengebäude dann nicht mehr verlassen, ohne daß sie befürchten müssen, von der Polizei aufgegriffen und zum Flughafen gebracht zu werden. Noch kann Corinna sich frei bewegen. Tagsüber besucht sie ihre Eltern im Neuköllner Wohnheim, abends fährt sie mit der S-Bahn in die Traban-

tenstadt. Wenn dem Widerspruch, den sie gegen die Ablehnung ihres Asylantrages eingelegt hat, nicht stattgegeben wird, muß auch sie mit einer Abschiebung rechnen. Nach Rumänien kann sie dann allerdings nicht mehr zurück. Vor einigen Monaten hat sie dort die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft beantragt.

Anne-Kathrin Koppetsch
für epd



WOCHE DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS 1991

Erfahrungen und Berichte

Bericht über die "Woche der ausländischen Mitbürger" in Gotha

...Vielleicht erst kurz einige Sätze zu unserem Verein "L'amitié". Wir haben diesen Verein im März dieses Jahres aus einer Initiativgruppe heraus gegründet, die sich seit der Wende bemüht, ein gutes Miteinander von Ausländern und Deutschen in unserer Stadt zu ermöglichen. Wir haben z. Z. 50 Mitglieder, die Hälfte sind Ausländer, die zum größten Teil schon lange in Gotha leben. Seit Juli haben wir Räume, in denen wir ein multikulturelles Zentrum einrichten und drei Mitarbeiter über ABM.

Unsere Mitarbeiter haben die ganzen Veranstaltungen im Rahmen der Woche der ausländischen Mitbürger organisiert. Wir haben einen Diskussionsabend zum Thema "Christentum - Islam" durchgeführt, der besonders durch die Teilnahme des Schriftstellers Dr. Kauter interessante Einblicke in die "islamische Welt" vermittelte.

Sehr große Besucherresonanz hatte auch ein Gesprächsabend mit Herrn Diallo vom Psychosozialen Zentrum Frankfurt/Main, der uns ungeheuer interessante Diskussionen zu den verschiedensten Formen der Ausländerfeindlichkeit und des Umgangs damit brachte.

Am "Tag der Einheit" hat sich unser Verein vorgestellt. Einige ausländische Mitglieder haben für uns ihre kulinarischen Spezialitäten gekocht, es gab z. B. Nshima aus Sambia, Bigosch aus Polen, amerikanische Kekse sowie mocambiquanische und vietnamesische Spezialitäten. Kein Wunder, daß der Duft, der durch unsere Räume zog, viele Neugierige anlockte und zum Schluß alle Töpfe leer waren. Angeregt durch das gute Essen entstanden viele interessante Gespräche und es wurde rege diskutiert.

Weiterhin im Programm der Woche war ein Diavortrag von einer Reise nach Ghana, ein Nachmittag mit Asylbewerbern aus der ZAST Tambach-Dietharz, der seinen Abschluß beim Friedensgebet am "Tag des Flüchtlings" fand, bei dem auch ein Text aus dem Koran einbezogen wurde.

Die meisten Veranstaltungen gab es am Abschlußtag. Wir hatten eine "Multikulturelle Karawane" aus Frankfurt eingeladen. Es kamen verschiedene Künstler aus Lateinamerika und Spanien sowie ein Zauberer für die Kinder. Auch für das leibliche



eine Zukunft

Wohl war wieder gesorgt, z. B. mit einer spanischen Pa'ella. Bei bestem Wetter kamen viele Besucher auf den Gothaer Schloßhof. Natürlich hatte wir auch wieder Asylbewerber eingeladen, die sehr froh waren, einmal Abwechslung in ihrem Alltag im zentralen Aufnahmelager im Wald zu haben. Wir hatten bereits am 4. 10.

die Asylbewerber mit einem kleinen Bus abgeholt. Am Samstag mußten wir dann einen Doppelstockbus chartern, so groß war die Resonanz in Tambach. Im Café Cabana fand am 5. 10. eine Diskussion mit Ragini Wahl aus Nürthingen statt, und den Abschluß unserer gelungenen Woche bildete ein multikultureller Tanzabend.

Petra Ruhnau

Ausländer als Mitbürger - kein Thema für Görlitz?

"Fremd - das ist eigentlich eine sehr alltägliche Erfahrung. Ich erlebe mich als fremd, ich erfahre andere als fremd. Wir geraten in uns fremde Situationen, wir treffen mit Menschen zusammen, die uns bis dahin fremd waren, wir werden selbst von anderen als fremd empfunden... Was bedeutet eine solche Lage? Für mich? Für andere? Was löst dieser Zustand bei mir aus? Welche Gefühle werden freigesetzt? Wie gelingt es mir, mich auf die Bedingungen 'fremd' einzulassen? Kann ich hier - und wie - von mir aus etwas gestalten?" ("Weitergehen" S. 3, Burckhardthaus - Laetare 1992).

Das sind Überlegungen, Fragen die auch die Mitglieder des AKSL (Aktionskreis Solidarisch Leben)

seit geraumer Zeit bewegen. Der Name dieser ökumenischen Gruppe soll diesem Anliegen Ausdruck verleihen.

Solidarisch Leben - was heißt das eigentlich? Gerade das Wort Solidarität wurde in unserer Vergangenheit bis zum Überdruß negativ strapaziert und mißbraucht. *"Aber der Begriff Solidarität hat eine eigene Geschichte. In der klassischen Sozial-Philosophie bezeichnet er sowohl ontologisch wie ethisch das Verhalten der Glieder in einem Gemeinwesen und zu diesem."* (Ev. Soziallexikon)

Wir meinen, daß es zu einfach ist zu sagen: "Das Boot ist voll." oder "Wir wollen keine Fremden". Wir denken, daß man nicht nur ablehnend auf fremde Menschen reagieren darf. Vielmehr sollten wir uns um des Gemeinwesens - unserer Stadt Görlitz Willen, - auch einmal fragen, woher Flüchtlinge, Fremde kommen, um einfach auch den notwendigen Blick für die Hintergründe ihrer jetzigen Anwesenheit bei uns zu bekommen.

Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung ist die Herstellung von Öffentlichkeit, d. h. auch, aber nicht "nur" etwas "über" Ausländer, Fremde zu machen, sondern zu Ausländern Kontakt zu suchen, mit ihnen ins Gespräch, in Berührung zu kommen. Gerade in der Begegnung mit dem Unbekannten liegt die Chance, Ängste und Vorurteile abzubauen. "Fremdheit" - sie umfaßt sowohl Gefahren als auch Möglichkeiten, Risiken und Chancen. Und Fremdheit begegnet uns auch an vielen anderen Stellen in unserem Leben - auf Reisen in fremde Länder; bei der Aufnahme eines fremden Berufes oder einer unbekannteren Aufgabe. Immer gilt es "Fremdes", "Unbekanntes" zu überwinden. Einen konkreten Schritt auf diesem Hintergrund zur Verbesserung des Miteinanders von In- und Ausländern in Görlitz, ging der AKSL anläßlich der jährlich stattfindenden "Woche des ausländischen Mitbürgers".

Fünf Einzelaktionen wurden organisiert, die trotz erheblicher Öffentlichkeitsarbeit zu unserem Bedauern nur wenig öffentliche Beachtung fanden. Die Lesungen des türkischen Dichters Kemal Kurt im Rahmen des Gesellschaftskundeunterrichts an zwei Görlitzer Oberschulen stießen bei Schülern und Lehrern auf großes Interesse. Daß am 18. 9. 91 in der Spinnstube dargebotene Programm der Dresdner Künstlerin Ursula Fritsch "Lieder und Gedichte von Selma Meerbaum-Eisinger" vereinte immerhin an die 30 Zuhörer.

Am 19. 9. 91 wurde der Film "Juliana" - ein Film über Straßenkinder in Peru mit anschließendem Filmgespräch angeboten. Für diesen Film hatte der AKSL besonders an Schulen geworben, aber die Resonanz war von dieser Seite leider gleich null. Anwesend waren anfangs ca. 10 Gäste, durch die kurzfristige Mobilisierung einer EOS-Klasse seitens

eines AK-Mitgliedes stießen nach einigem Warten noch immerhin ca. 20 Jugendliche dazu. Ein Filmgespräch im Anschluß erübrigte sich jedoch, da sich die Mehrheit der Gäste sehr schnell verabschiedete. Die intensivsten und auch für den AKSL erfolgreichen Aktionen fanden am Samstag, dem 21. 9. 91 im Görlitzer Asylheim und am Donnerstag, dem 3. 10. 91 im Ostritzer Asylheim statt.

An beiden Tagen hatten wir ein interkulturelles Volleyballspiel zwischen Aus- und Inländern organisiert. Auch für die Kinder wurde mit Spielen und kleinen Überraschungen gesorgt. Die Volkstanzgruppe "Holterdipolter" sorgte ihrerseits durch gemeinsames Tanzen für viel Spaß und Freude. Im Anschluß wurde gegrillt und das gemeinsame Gespräch gesucht.

Ähnlich erfolgreich verlief der Tag in Ostritz. Nach langen begeisterten Spielen wurde im Gemeindesaal ausgiebig gevespert und miteinander geredet. Die Kirchgemeinde hatte zu diesem Anlaß Kuchen gebacken und ihre Räume zur Verfügung gestellt.

Durch diese Aktionen wurden Begegnungen und damit neue Erfahrungen möglich. Beide Seiten äußerten Zufriedenheit und den Wunsch nach weiteren Kontakten und ähnlichen Aktionen.

Kritisch anzumerken und anzufragen ist, warum in diesem Jahr Vertreter der Kommune und der Parteien bei den angebotenen Veranstaltungen (ausgenommen die Ausländerbeauftragte) nicht vertreten waren. Allein schon die Kenntnisnahme der laufenden Bemühungen um ausländische Mitbürger wäre von Bedeutung und für alle Seiten ermutigend gewesen. Ist die "Woche des ausländischen Mitbürgers" kein Begriff für die einzelnen Fraktionen des Stadtparlamentes? Haben die Vertreter der Kommune bereits vergessen, daß im Vorjahr - ebenfalls im Rahmen der Woche des ausländischen Mitbürgers - eine Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Görlitz unterzeichnet wurde, und zwar durch das Stadtparlament höchstpersönlich? Oder sind Ausländer als Mitbürger kein Thema für Görlitz?

Elke-Katrin Gilbert
(Aktionskreis Solidarisch Leben)



Gemeinsam essen - gemeinsam leben
Ein Fest mit Flüchtlingsfrauen

Frauen und Mütter im Asylverfahren haben es besonders schwer. Dieser Gedanke stand dahinter, als wir einigen von ihnen am 3. Oktober in der Friedensgemeinde Eisenhüttenstadt ein Willkommen signalisieren wollten. Gemeinsam mit ihren Kindern luden wir (Kirchgemeinde, Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragte und das Berliner Missionswerk, Referat Ausländerarbeit) sie zu einem Fest ein. In

die von Eisenhüttenstädterinnen geschmückten Räume kamen etwa 15 Frauen mit ihren Kindern aus dem nahegelegenen Zentralen Aufnahmelager für Asylbewerber.

Wir haben einander spielend Bälle zugeworfen - anfangs wörtlich, indem jede sich so vorstellte, später in übertragenem Sinne. Nach einige Spielen und einer Polonaise durch's Haus hatten die Kinder ihr eigenes Programm: Naschen, Verkleiden, Topfschlagen, Malen und Musizieren.

Die Frauen standen zunächst zögernd und abwartend vor einem großen Tisch voll Reis, Gemüse, Obst und verschiedenen Lebensmitteln aus aller Welt. Wir haben sie eingeladen, gemeinsam zu kochen, denn im Heim sind die Möglichkeiten dafür eingeschränkt. Außerdem kommt frau dadurch anders in Kontakt als mit dem Reden in verschiedenen Sprachen. Denn sie kamen aus verschiedenen Ländern: Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Libanon und Türkei. Gut war es, daß eine unter uns so viele Sprachen konnte,, daß dennoch Verständigung möglich war. Beeindruckend das Zubereiten von Fleisch und Gemüse in einer kleinen Küche und mit nur drei Kochplatten. Es dauerte gar nicht lange, da saßen wir gemeinsam an langer Tafel: nun wurden wir die Gäste, und die Flüchtlingsfrauen bewirteten uns. Wir spürten ihren Spaß am Rollentausch und ihre Freude über die Einladung zu diesem Feiertag.

Ingrid Gröpler/Christiane Weißenhagen



Ausstellung vietnamesischer Malerei in der Kreuzkirche in Dresden vom 29. 9. - 13. 10. 91

TRUNG MY DUNG

(* 1931, Studium der Malerei, jetzt Rentnerin, Hanoi)

DINH TRONG KHANG

(* 1935, verh. mit Trung My Dung, Dozent für Bildende Künste, Hanoi)

DINH DA QUYNH

(* 1966, älteste Tochter von Trund My Dung und Dinh Trong Khang, Studium der Malerei, Dresden)

Ausschnitte aus der Rede von Anna Flemming zur Eröffnung der Ausstellung am 29. 9. 1991 in der Kreuzkirche:

...Danke, Quynh, daß du die Bilder deiner Mutter, deines Vaters und deine eigenen Bilder für uns hier ausgestellt hast.

Es ist eine Ausstellung für uns. Für uns wenige VietnamesInnen und Deutsche, die wir unter der zunehmenden Materialisierung im Leben der VietnamesInnen und dem damit verbundenen Werteverfall leiden. Sie ist ein Zeichen unserer Hoffnung, daß wir - wenige Deutsche und VietnamesInnen - es neben all unserer vielen Arbeit endlich schaffen, ein lange ersehntes, lange geplantes, wenn auch nur winzig kleines Vietnamesisches Kulturzentrum aufzubauen. Es ist eine Aus-

stellung für die vietnamesischen ArbeiterInnen in unserer Stadt. Erleben wir doch gerade am Beispiel der vietnamesischen ArbeiterInnen in unserem Land ein Exempel par excellence des Einflusses der sogenannten Ersten Welt auf die sogenannte Dritte Welt. Die Einflüsse auf die kulturellen und moralischen Werte einer ganzen nationalen Gruppe müssen wohl nicht näher beschrieben werden. Die Sieger der vietnamesischen Wiedervereinigung sind die kulturellen Verlierer geworden. Das seichte Schlagergedudel Saigonner Bars der 60er und 70er Jahre ist zur Musik weiter Teile der vietnamesischen Bevölkerung zumindest hier geworden. Doch die Situation der VietnamesInnen hier ist wohl nur ein Abbild der Situation in Vietnam.

Am Dresdener Hauptbahnhof verkaufen ein Architekt und eine Musikerin aus Vietnam Textilien. 3 Jahre lang haben sie im Sachsenwerk am Fließband gearbeitet. Wenn sie jetzt noch 2 Jahre - bis zum Ende ihres Aufenthaltes in Deutschland - als Händler arbeiten, werden sie im wahrsten Sinne des Wortes berufsunfähig in ihre Heimat zurückkehren. Für sie und gerade für sie soll diese Ausstellung sein.

Es ist eine Ausstellung für die nichtvietnamesische Bevölkerung in unserer Stadt. Haben wir doch in uns ein Vietnambild geprägt von der Kriegsberichterstattung der 70er Jahre und ein Bild des Vietnamesen/der Vietnamesin, der/die am Fließband primitivste Arbeiten tat und nunmehr Zigaretten verkauft.

Es ist eine Ausstellung gegen unsere Vorurteile, ein Zeichen unserer Hoffnung.

Danke, Quynh!



Asylbewerber in Freiberg



Seit dem Juli 1991 leben in Freiberg 25 Asylbewerber, 21 von ihnen sind Roma aus Rumänien.

Es gibt einen Begrüßungsnachmittag in unseren Räumen der Ausländerberatungsstelle des Diakonischen Werkes. Schnell wachsen Kontakte, denn es sind 10 Kinder dabei. Die Familien kommen zum Deutsch-Lernen.

Die Roma sind katholisch, sie gehen in die Messe, feiern mit, als der Bischof in Freiberg ist. Unser "Asyl-Casa" war bis 1945 ein Pfarrhaus, jetzt ist es Eigentum des Landratsamtes. Bis Ende 1991 sollen 100 Asylbewerber einziehen.

Seit Anfang September gibt es Zwischenfälle, vom 6. 9. bis 3. 10. zähle ich: zehnmal ist das Haustürschloß kaputt, mal eine Fensterscheibe eingeschlagen, mal drei. Als ich am Sonnabend, dem 28. 9. ins Heim komme, erzählen mir die Bewohner, daß die Wäsche im Hof abgebrannt wurde und daß ein Taxi zweimal in der Nacht gehalten hätte und junge Männer Pflastersteine in die Fenster geworfen hätten. Ich frage: "Und? Ihr seid wieder allein gelassen, das Tele

fon im Büro eingeschlossen. Noch nicht ein Fenster der letzten 14 Tage repariert!" Nur eine Wachfirma hält ab und zu vor dem Haus, ebenso die Polizei. Ich laufe zu Pfarrer Breutel, gemeinsam gehen wir zur Polizei, knallen einen der Pflastersteine auf den Tisch! "Nein, mehr als aller Stunden am Haus vorbeizufahren, ist nicht möglich. Wir haben nur 3 Autos für 2 Kreise!"

Da beschließen wir, die Bürger zu bitten, mit zu wachen und sagen dies der Polizei und dem Landrat. Schon in dieser Nacht belästigen uns 10 Jugendliche, sie provozieren mit Worten, werfen ab und zu brennendes Papier. Wenn wir nicht bei den Asylbewerbern gewesen wären, hätten sie in ihrer Angst garantiert alles mögliche aus den Fenstern geworfen. Wir öffnen auf meine Verantwortung hin die Bürotür und rufen die Polizei an. "Ja, wir sind in der Nähe. Aber auf der Straße kann sich jeder aufhalten."

Am 1. 10. halten ca. 30 Skins mit Motorrädern und Autos vor dem Haus, grölen "Ausländer raus" usw.

Am 3. 10. sind nachts 2.30 Uhr noch ca. 20 Deutsche da, evangelische und katholische Christen, einige von der PDS, einige von einem Motorrad-Fan-Club, einige Autonome. Ich liege mit den 7 Frauen und den 10 Kindern im Gang auf Matratzen, das machen sie schon eine lange Zeit aus Angst vor Feuer. Die Kinder schlafen.

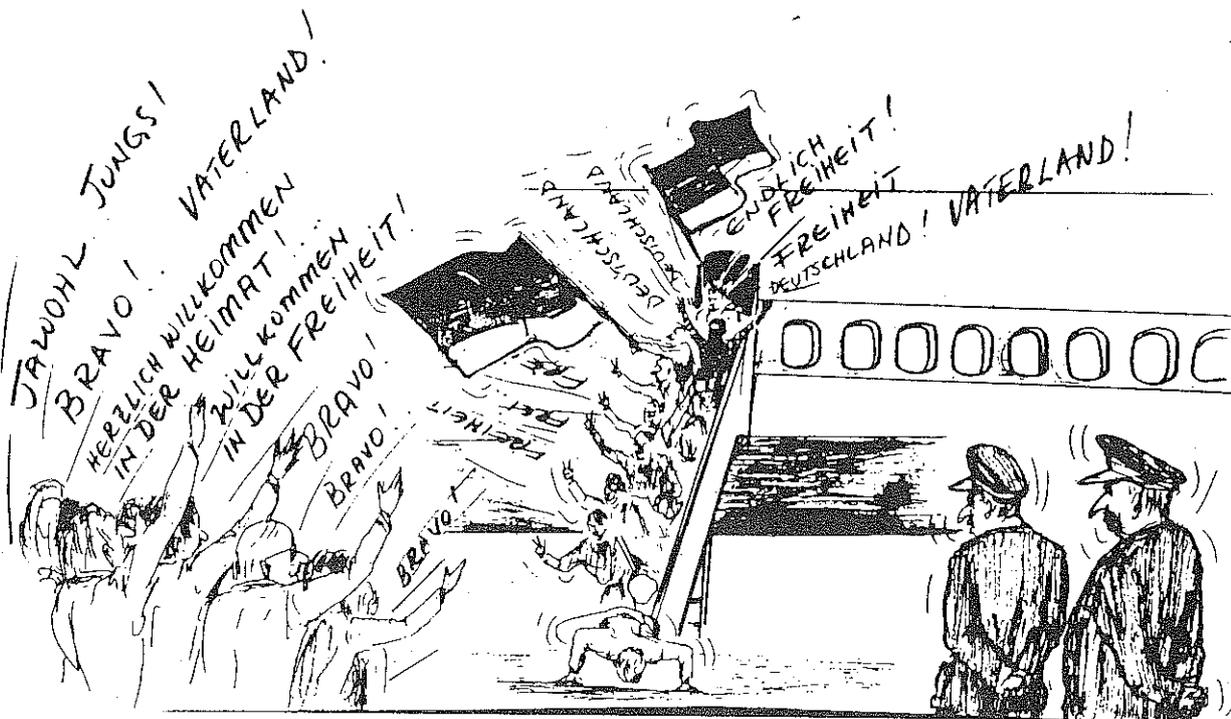
Da hören wir schon von weit her das Grölen: "Sieg heil, Ausländer raus, Deutschland den Deutschen". Wir wecken die Kinder, ich bleibe bei der Gruppe. Alle

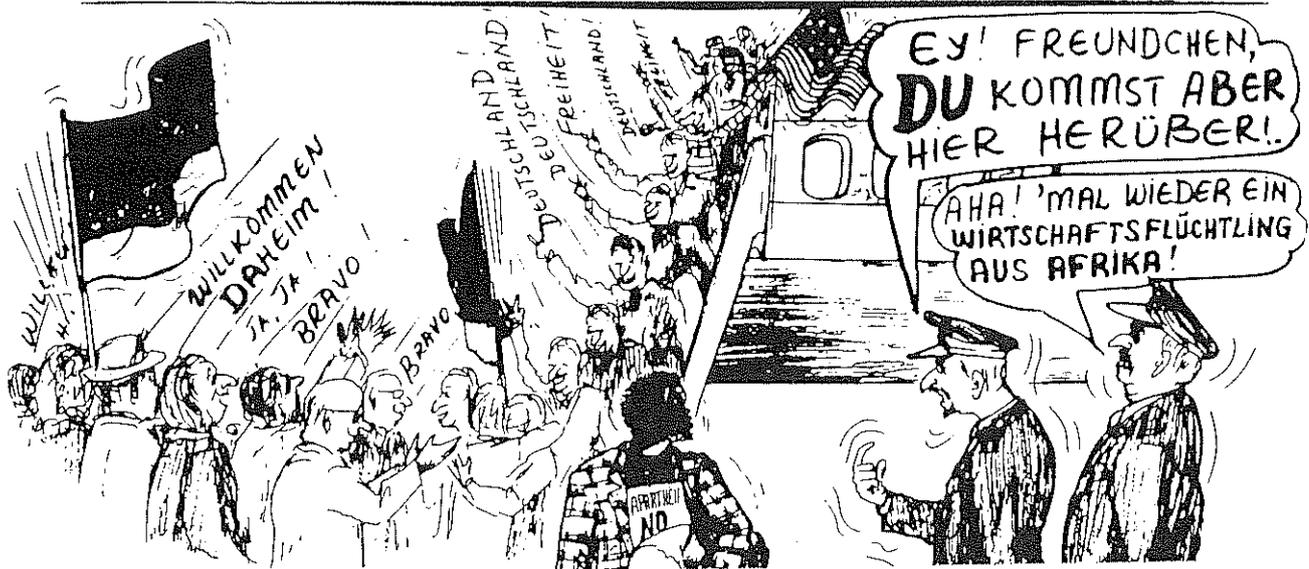
anderen Deutschen laufen vor das Haus, verstärken die Dauerwache, Kerzen brennen auf den Fenstern. Der Mob stoppt, wartet, unsere Leute rufen ihnen entgegen: "Geht nach Hause! Hier sind Frauen und Kinder, laßt sie in Ruhe!" Dann beginnen aber doch 10 den Angriff. Sie werfen mit Steinen die Fenster kaputt, sie schlagen und dringen mit Reizgas ins Haus ein. Dort sind aber die Asylbewerber, die mit Feuerlöschern die Angreifer wieder hinausdrängen. Pfarrer Bartsch und seine Frau laufen zu einem Polizeiauto, das in dieser Nacht schon lange in Sichtweite steht: "Warum kommen Sie denn nicht?", schreien sie. Antwort: "Wir haben noch keinen Befehl, wir sind zu wenig."

Langsam tauchen aber doch einige Polizisten auf, die sich vor die Tür stellen. Es beginnen Diskussionen zwischen unseren Wachen und den Angreifern. Die Feuerwehr kommt, die Männer jagen durch's Haus, das Auto fährt wieder ab. Mehrere Autos vom Bundesgrenzschutz treffen ein. Einige der Angreifer versuchen, von hinten an das Haus zu kommen. 9 Angreifer werden festgenommen.

Uns Frauen und Kinder verstecken die Männer in der hintersten Bodenecke, es ist dunkel, der Staub wirbelt, die Kinder wimmern. Da kommt ein Feuerwehrmann, beleuchtet unseren kläglichen Haufen: "Oh je! Wieviel seid ihr denn?" Ich antworte: "8 Frauen, davon 4 schwanger, eine hochschwanger und 10 Kinder." Er schreibt es sich auf. Als ich frage: "Bleiben Sie denn nicht hier?" und er sagt: "Nein, es

Deutschland im Herbst 1989





© DAV **KYUNGU**
HH - 25. Okt. 1989

Karikatur: David Kyungu/Tanzania

brennt doch nicht!", da kam auch bei mir das Entsetzen durch! Ich sehe vom Fenster aus meinen Mann auf der Straße, berichte es den Frauen, das beruhigt uns.

Dann sause ich in die 1. Etage, rufe Pfarrer Breutel an, der auch sofort kommt. Der Landrat ist von der Polizei gerufen worden. Wir beschließen, die Asylbewerber in Sicherheit zu bringen.

Christine Wagner

P.S. In Freiberg hat sich jetzt ein Arbeitskreis "Ausländer und Asyl" gegründet mit vielen engagierten Leuten.

Die Sehnsucht nach der reinen Seele - Eindrücke in Belorußland

Trotz möglich gewordener Reisen in den vorher verschlossenen "Westen" (und Süden und Norden) ist mir Sehnsucht nach den östlichen Ländern geblieben. Das Angebot, mit Leuten vom Jugendring Esslingen in ihre Partnerstadt Molodetschno (ca. 80 km von Minsk) zu fahren und ihnen bei der sprachlichen Verständigung zu helfen, nehme ich deshalb gern an. So begeben wir uns im Konvoi als "Hilfstransport" mit mehreren Kleinbussen und Anhängern auf die fast 40stündige Reise. Von den Hindernissen haben wir glücklicherweise nur Ahnungen. Unfaßbar ist das (Nicht-)Geschehen am PKW-Übergang der polnisch-russischen Grenze: kilometerlange Warteschlangen - bis zu einer Woche stehen die Leute hier -, und das bei der vorwinterlichen Kälte. Wir können am Lkw-Übergang in wenigen Stunden passieren, nachdem die langwierigen Formalitäten erledigt sind.

Dann - eine völlig andere, fast unwirkliche Landschaft. Der neben mir sitzende belorussische Maler Juri erzählte mir von der polnisch-litauischen Geschichte seines Landes. Draußen Holzhäuschen, unendliche, dunkle Wälder, schwarze Erde, Reihen von Nadelbäumen am Straßenrand als Schutz vor Schneeverwehungen... Hier schien die Zeit stehen geblieben zu sein. Ewigkeit. Und doch - ein gezeichnetes Land: Hitlers "verbrannte Erde" hat tiefe Spuren hinterlassen. Es gibt kaum noch Denkmäler und Gebäude, die älter als 50 Jahre sind...

Die Ankunft in Molodetschno: man hatte uns eher erwartet. Das vorbereitete Programm ist nicht mehr einzuhalten. Viele um uns besorgte Leute aus der Jugendkommission der Stadt sind gekommen, Menschen, die uns an diesem Abend als Gäste zu Hause bewirten wollten. Man gibt uns Zimmer im einzigen Hotel. Draußen herrscht frostige Kälte, auch in den Zimmern bleibt es kühl. Und doch staune ich, wie sehr ich mich dabei gleich in diesem Umfeld zu Hause fühle, gut aufgenommen und sofort mit den Menschen ins Gespräch komme.

Die nächsten Tage sind angefüllt mit verschiedenen Besuchen, Besichtigungen, Treffen, Empfängen und Gesprächen. Überall hören wir das dringende Anliegen heraus: Ladet uns nach Deutschland ein! Besonders unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen spüren und hören wir dies. Austausch ist gefragt und nötig. Denn auch wir sind hier Lernende und Staunende: unsere Fragen nehmen kein Ende, geduldig erhalten wir - meist ehrliche - Antworten; auch wir fühlen uns in unserer Denk- und Lebensweise hinterfragt... Überwältigend ist die Gastfreundschaft: sich unter der Last der Speisen biegender Tischplatten, Sekt und Wodka in Strömen. (Es wird für die Menschen jedoch immer schwerer, Gäste zu bewirten. Sicher gab es für uns

Sonderrationen...) Unsere Mägen spielen bald verrückt. Wir werden eingeladen, wieder zu kommen, sehr oft nach unseren Eindrücken gefragt.

Belorußland entdeckt sich selbst wieder. Einst in Ost und West geteilt, unter Stalin "wiedervereinigt", sucht es seine nationale Identität. (Es gibt Spezialeklassen in den Schulen für belorussische Sprache und Literatur.) "Bjelarus" (so die Eigenbezeichnung) fühlte sich stets als ein Korridor zwischen Polen im Westen und Rußland im Osten. "Uns ging es früher nach den baltischen Republiken am besten", beklagt ein Musiker angesichts der überall sichtbaren Mängel. Der Maler Juri philosophiert immer mehr, je weniger auf den Tisch kommt. Er und seine Frau haben keine Lust, sich ständig anzustellen und nehmen nur das, was sie so bekommen (Brot - noch, Käse, Butter, Milch...) und was der Garten hergibt. Doch hat er schon den Neid der Nachbarn auf sich gezogen, indem er 4 Wochen anlässlich seiner Ausstellung nach Esslingen fahren durfte. - Erschreckend für mich: es gibt fast nichts mehr für die Kinder, Spielzeuge nur noch auf Bezugsschein. Blaß sehen sie aus, die disziplinierten Kleinen, die für uns in Kindergärten, im Pionierhaus und in den Schulen tanzen und singen. Wir fühlen jedoch, daß es hier noch etwas wie eine Volksseele gibt, eine Verbundenheit mit der (Heimat-)Erde, die in den Menschen lebt und fragen uns, was passiert, wenn hier die Marktwirtschaft einbricht. Noch ist die Reinheit der Seele für viele das höchste Gebot...

Belorußland hofft auf einen dritten Weg, fürchtet den - ökonomischen - Bürgerkrieg mit den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Soziale Absicherungen und Strukturen fehlen, doch im Stadtrat tut man sein Bestes, um wenigstens den Bedürftigsten zu helfen. Es gibt Listen, nach denen die Hilfsgüter verteilt werden.

Wir treffen uns auch mit Vertretern der Orthodoxen und der Katholischen Kirche und mit Baptisten. Die Orthodoxe Kirche hat viel Zulauf, aber es fehlt die Jugend; sie findet sich mehr bei den Baptisten ein, deren Gotteshäuser aus allen Nähten platzen. Die polnischsprachige Katholische Kirche lebt auf ihren Kirchenbau hin. Ein Grundstück im Zentrum der Stadt wurde ihr gegeben, jetzt fehlt "nur" noch das Geld zum Bauen. - Wir verteilen gleichmäßig die mitgebrachten Kinderbibeln.

Die Geschichte geht für uns Deutsche nicht vorbei an Chatyn. Wir bitten darum, diese Gedenkstätte zu besuchen (Sie stand nicht auf dem Programm). Beindruckend dort: die drei Birken als Symbol für das Leben, auf dem Platz der vierten brennt das Ewige Feuer: im letzten Krieg kam jeder 4. Bewohner Belorußlands ums Leben, als Hitler Erde und Bewohner (wie in Chatyn) niederbrennen ließ. Jetzt ist den

Jetzt ist den Bewohnern Belorußlands vor allem die Bewältigung seiner stalinistischen Vergangenheit wichtig. gibt es bereits einen Raum, in dem diese Verbrechen dokumentiert werden.

Belorußland nach der "Wende", dem August-Putsch. Wir erfahren davon, daß man sich den selbsternannten Machthabern damals gleich widersetzt hat. Doch das Erbe ist schwer. Symbole sind leichter zu ersetzen als das, was hinter ihnen stand. Woher weht der Geist des Aufbruchs? Viele ehemalige Aktive

haben sich zurückgezogen (auch Juri), können sich nicht mehr einbringen. Alte Funktionäre sitzen an neuen Schalthebeln.

Zurück in Berlin las ich auf einem Werbeplakat: "Freiheit ist gut für die Seele, aber sie reicht nicht zum Überleben." Auch in Belorußland.

Okt/Nov. 1991

Uta Amme



INITIATIVEN STELLEN SICH VOR INITIATIVEN STELLEN SICH VOR INITIATIVEN STELLEN SICH VOR



Die Fremde macht nicht stumm

Ein Projekt des Vereins "Kleopatra & Kaliban e.V.i.G." stellt sich vor:

AFRO-EUROPÄISCHES THEATERENSEMBLE

Leitung des Theaterensembles:

Pedro Paulo Alves Pereira ist Theaterregisseur und kommt aus Portugal. Er hat am Schauspielregie-Institut in Berlin (Ost) sein Diplom abgelegt. Neun Jahre lang hat er in Afrika gelebt und dort langjährige Theatererfahrungen gesammelt.

Marlies Charlotte Stolz ist Germanistin und Referentin für kreatives Schreiben im Wannseeheim für Jugendarbeit. Sie hat an der FU Berlin studiert.

Wir wollen ein Afro-Europäisches Theaterensemble als Modellprojekt aufbauen. Durch unser Theaterprojekt haben deutsche und ausländische KünstlerInnen die Möglichkeit, gemeinsam zu arbeiten und Neues zu schöpfen. Bei dieser Arbeit finden ausländische KünstlerInnen die notwendige Inspiration, sich auszudrücken und ihren kulturellen Hintergrund miteinzubringen, obwohl sie weit von ihrer Heimat entfernt sind.

Wir sprechen dabei besonders die in der Stadt lebenden und arbeitenden europäischen und afrikanischen KünstlerInnen bzw. interessierte LaienschauspielerInnen an, die glauben, etwas durch Theater aussagen zu können.

Obwohl die deutsche Sprache Verständigungssprache sein wird, wollen wir, daß sich jede/r in seiner eigenen Sprache darstellen kann. Damit meinen wir nicht nur das Ausdrücken in der Muttersprache, sondern andere Ausdrucksebenen wie Tanz, Gesang, Pantomime etc.

Wir wollen ein Theater der Symbiose, ein Theater der Ganzheitlichkeit, so wie Kultur in Afrika verstanden wird. Alle Künste verbinden und mischen sich darin.

Wie sieht unsere Arbeit konkret aus?

Wir wollen sowohl klassische als auch zeitgenössische Theaterstücke inszenieren. Dabei wenden wir verschiedene Improvisationstechniken an und experimentieren mit unterschiedlichen Sprach- und Kommunikationsebenen.

Wer Interesse an diesem Projekt hat, melde sich bei:
Kleopatra & Kaliban e.V.i.G.
Wilhelm-Florin-Str. 17
O - 1055 Berlin
Tel. 439 36 28.



WIR e. V. Forum für besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern

WIR e. V. sucht in Fragen der Ausländer-, Flüchtlings- und Aussiedlerpolitik den Dialog mit Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Wir wenden uns schwerpunktmäßig an Medien und wollen die Öffentlichkeit mobilisieren.

Elsa-Brandström-Str. 6

W - 5000 Köln 1

Tel. 0221/73 93 730

Fax 0221/73 50 70



Kultur ist plural e. V.: Verschiedene Herkunft - Gemeinsame Zukunft

Gegenwärtig leben Berlinerinnen und Berliner aus mehr als 100 Ländern in unserer Stadt zusammen. Akzeptieren sie sich als gleichberechtigte Bürger ihrer Stadt? Viele haben nur gelernt, miteinander in Ab- und Ausgrenzung zu leben. Längst nicht für alle ist ein Miteinander selbstverständlich. Wohl auch deshalb, weil es zur Zeit noch viel zu wenig Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Nationalitäten gibt. Das trifft insbesondere für den Ostteil der Stadt zu, wo der Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger an der Wohnbevölkerung zwar noch gering, die Probleme jedoch sehr zugespitzt sind. Angesichts des nahezu fehlenden Betreuungs- und Beratungsnetzes sowie der mit Sicherheit zu erwartenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge ist Handlungsbedarf geboten. Der Rassismus, ob in Begriffen oder im Politikerverständnis, ob in Ausgrenzung oder in tätlichen Angriffen, täglich erlebbar und sich verschärfend, ist eine Schande für eine europäische Metropole.

Kultur ist plural e. V. entstand auf Initiative von Berlinerinnen und Berliner aus Algerien, der CSFR, Griechenlands, Frankreichs, Chiles, Bulgariens, der Sowjetunion und der BRD.

Ziel der Vereinigung Kultur ist plural e. V. ist es, praktisch zur Gestaltung eines friedlichen Miteinanderlebens von Berlinerinnen und Berlinern verschiedener Nationalitäten beizutragen und jeglicher Erscheinung von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus entgegenzuwirken durch Angebote für Begegnungsmöglichkeiten (kulturelle Veranstaltungen, Seminare, Diskussionen...).

Die Mitglieder der Vereinigung gehen davon aus, daß Zusammenleben immer dort gelingt, wo es vielfältige Kontakt- und Berührungsmöglichkeiten gibt, durch die Vertrauen, Verständnis und Toleranz füreinander wachsen. Schwerpunkt ist neben o. g. Veranstaltungen ein Projekt "Sozialberatung für ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern" (Sowjetbürger verschiedener Nationalität, Rumänen, Bulgaren). Dieses Projekt schließt allgemeine Sozial- und Rechtsberatung sowie psychologische Beratung ein. In Vorbereitung befinden sich Angebote für deutsche Sprachkurse, ein kulturelles Projekt "Kindertheater" sowie Kurse in Selbstverteidigung.

Wir bieten an:

Begegnungsmöglichkeiten im Keller-Café "Salomé", HKP

Ausleihe von automatischem Diaprojektor

Polylux/overhead - Projektor

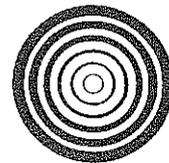
Videokamera (gegen geringes Entgelt)

Unser Büro ist zur Zeit mittwochs von 17.00 - 20.00 Uhr besetzt.

Terminvereinbarungen zu anderen Tagen bitte telefonisch.

Kontakt adresse: Am Köllnischen Park 6/7,

O - 1020 Berlin, Tel. 274 06 41



ISA - Indische Solidaritätsaktion

Die "Indische Solidaritätsaktion" (ISA) trägt den Charakter einer gemeinnützigen Vereinigung von Menschen, die Solidarität als einen Akt menschlicher Güte sehen. Diese Güte ist nicht als Mitleid zu verstehen, sondern als Beitrag des menschlichen Miteinander. Die Bemühungen der ISA laufen dahin, über ihre Mitglieder eine breite Basis für den freundschaftlichen Umgang von In- und Ausländern zu schaffen. Insbesondere in letzter Zeit zeigte sich, daß speziell in den neuen Bundesländern Strukturen für das Zusammenleben, für die Toleranz von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten aufgebaut werden müssen. ISA möchte Menschen zusammenführen, die sich sozial und kulturell engagieren wollen.

Projekte der ISA sind:

- Beteiligung am Aufbau eines "Begegnungszentrums" des Bezirksamtes Treptow in Adlershof.

Dieses Begegnungszentrum bietet Raum für das Bekanntmachen fremdländischer Kultur- und Lebensgewohnheiten (z. B. Musik, Tanz, Kunst, Eßgewohnheiten) und das Durchführen von Seminaren, Ausstellungen, Diskussionsabenden.

- Über diesen Rahmen hinaus hat sich die ISA zunächst folgendes Ziel gesetzt: Durch die Teilnahme an Massenveranstaltungen, Benefizkonzerten, Wohngebietsveranstaltungen soll die indische Kultur (z. B. Musik, Tanz, Mode) dargeboten durch die Kulturgruppe ISA-EEK-NAMOONA, einem breiten Publikum vertraut gemacht werden.

Anliegen der ISA ist es, über multikulturelle Angebote, insbesondere auch sozial schwache Schichten (z. B. Rentner, arbeitslose Jugendliche), zu erreichen und ihre Erlebniswelt zu bereichern.

Neben den Aktivitäten im eigenen Land setzt sich ISA für Projekte ein, die der Unterstützung von medizinischen Einrichtungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten Indiens dienen, wie z. B. Solidaritätspraxen, Gesundheitsprophylaxe, Kampf gegen Antibiotikamißbrauch und Forderung indischer Heilkunde.

Die Finanzierung aller Projekte erfolgt durch Mitgliederbeiträge, Einnahmen aus Veranstaltungen des Vereins sowie Spenden.

Wir freuen uns über jede noch so kleine Unterstützung, denn wir meinen, getreu nach einem alten indischen Sprichwort **"Viele Tropfen füllen das Meer"**.

Kontakt anschrift:

Indische Solidaritätsaktion e. V. im "Atelier Kunterbund"

Rudower Chaussee 16-25, Haus 5b

O - 1199 Berlin-Adlershof

Tel. 67 10 23 23



"Eurocultur ost"

vereinigt z. Z. deutsche, bulgarische, lettische, litauische, polnische, russische, slowakische, tschechische und ungarische Mitglieder.

Wir unterstützen den kulturellen Austausch mit den Ländern Osteuropas, eingedenk der Überzeugung, daß die vielfältigen kulturellen Beziehungen zu Osteuropa ein wichtiger Baustein für das gemeinsame Haus Europa sind.

Wir stimmen überein mit den Auffassungen kompetenter Gremien und Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, daß im Prozeß des Zusammenwachsens die gerade auf dem Gebiet der ehemaligen DDR über lange Jahre gesammelten Erfahrungene entwickelten Direktkontakte und zusammengetragenen Informations- und Dokumentationsmaterialien zu Osteuropa nicht verloren gehen dürfen, sondern weiter gepflegt bzw. ausgebaut werden müssen.

Wir wollen dem durch ökonomische Zwänge drohenden Abbruch kultureller Kontakte mit den Ländern Osteuropas entgegenwirken.

Wir fördern die Begegnung von Künstlern und Kulturschaffenden in gemeinsamer Arbeit, Erfahrungsaustausch, Präsentation, Diskussion und durch Infor

Willy Spieler, Journalist

**Die Hoffnung hat zwei Kinder:
MÜT und WÜT.
Wut über Dinge wie sie sind, und Mut,
sie zu ändern.**

mationsreisen.

Wir bauen ein "Informations- und Dokumentationszentrum zu Kunst und Kultur in Osteuropa" auf. Es bietet z. B. reichhaltiges Grundlagen-, Quellen- und Diskussionsmaterial und aktuelle Informationen zum osteuropäischen Theater. Es erweitert seine Bestände durch Sammlungen aus den Bereichen Bildende Kunst und Musik. Es unterhält Kooperationsbeziehungen zu entsprechenden Zentren in Osteuropa und wird jährlich einen Almanach und Informationsblätter herausgeben. Das Informationszentrum ist ein Konsultationspunkt. Es vermittelt Know-how, steht der allgemein interessierten Öffentlichkeit, besonders dem Fachpublikum zur Verfügung und regt den praktischen Kulturaustausch an.

Die Veranstaltungen des Vereins wollen Orte und Gelegenheiten der Begegnung mit osteuropäischer Kunst und Kultur und ihren Schöpfern sein.

Kontakt adresse:

Eurocultur ost

Verein zur Förderung des kulturellen Austausches mit den Ländern Osteuropas e. V.

c/o Dr. Elke Wiegand

Langhoffstr. 20

O - 1140 Berlin

Bankverbindung: Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10,

Konto 529 800 108

Deutsche Bank, BLZ 120 70 300, Konto 722 997 400

(ob das die richtige Bank ist?? säzza)



BUNTE REPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Kampagne der JOC / EMIGRANTE

Was wollen wir in dieser Kampagne?

Wir, Jugendliche verschiedener Nationalitäten wollen in dieser Kampagne zeigen, daß die BRD nicht nur aus Deutschen besteht, sondern daß wir ausländischen Jugendliche auch noch da sind.

Wir gehören alle mit unseren unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen zu Deutschland. Was ist noch "deutsch"? Wer ist Deutscher? Was soll das? DEUTSCHLAND??

Die Bundesrepublik Deutschland ist schon lange eine BUNTE Republik Deutschland. Das wollen wir zum Ausdruck bringen. Wir, die Jugendlichen in Deutschland wollen unsere Zukunft gestalten. Deswegen unsere bund(t)esweite Kampagne.

Kontakt adresse: JOC / Emigrante

Hüttmannstr. 52

W - 4300 Essen 1,

Tel. 0201/626422, 621065



BUCHTIPS

DIE FREMDE FRAU

Inhalt dieser kulturwissenschaftlichen Studie ist das Leben und die Arbeit von ausländischen Frauen, insbesondere aus Vietnam und Mocambique vor der deutschen Einigung in der DDR und danach in den ostdeutschen Bundesländern.

Über Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern ist viel geschrieben worden; viele haben versucht, ihre Wurzeln aufzudecken; diese Studie ergänzt das vorhandene Material um wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der doppelten Last, die unter uns lebende und arbeitende Migrantinnen als Frauen und als "Fremde" zu tragen haben. Die Autorin der Studie, die Kulturwissenschaftlerin **Johanna Kehler** (Jg. 1964), ist in der interkulturellen Frauenarbeit engagiert.

Die Broschüre ist (gegen Spende von 4,50 DM) zu beziehen über:
Projektgruppe S.U.S.I.
Mulackstr. 22
O - 1054 Berlin Mo-Fr 11 - 15 Uhr

NICHT OHNE DIE SCHLEIER DES VORURTEILS (Nasrin Bassiri)

- Kritische Anmerkungen einer iranischen Frauenrechtlerin... -

Horizonte-Verlag, Bad König 1991, 96 Seiten, DM 15,-

Nasrin Bassiri, Frauenrechtlerin aus dem Iran und heute in der Bundesrepublik Deutschland lebend, greift mit diesem Buch in die Diskussion um Betty Mahmoodys "Nicht ohne meine Tochter" ein. Sie versucht einerseits, die im Buch enthaltenen Vorurteile zu entkräften. Dabei beschränkt sie sich ausschließlich auf offenkundig falsche Aussagen Betty Mahmoodys und nimmt diese sehr genau auseinander. Ihr Hauptanliegen scheint jedoch zu sein, die Lage der Frauen im Iran differenziert und präzise zu beschreiben und zu bewerten.

RAUSLAND (Manfred Budzinski/Karin Clemens)

oder: Menschenrechte für alle

Lamuv-Verlag, ca. 240 Seiten, ca. 24,00 DM

Ein Handbuch gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und kulturelle Verarmung, für eine farbige, offene, lebendige Demokratie, die durch ihre Vielfalt ihren Reichtum gewinnt.

WANDERUNGSBEWEGUNGEN IN EUROPA - PERSPEKTIVEN UND AUFGABEN

Unter diesem Titel hat die EKD ein Diskussionspapier ihrer Kommission für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten veröffentlicht. Es stellt einen Beitrag zur längst fälligen Diskussion über Migration und Flucht sowie den Umgang mit Fremden unter uns dar. Es hat nicht den Anspruch, alle anstehenden Fragen zu beantworten, wohl aber eine Reihe wichtiger Fragen anzusprechen, Zusammenhänge sichtbar zu machen, biblische Maßstäbe und kirchliche Erfahrungen in die Diskussion einzubringen.

Als Information und Problemdarstellung ist es ein Papier, das in keiner Gemeinde oder Gruppe fehlen sollte, um sich einen Eindruck von der Komplexität des Themas zu machen, zumal es an den Problemen und Ängsten der Inländer nicht vorbeigeht.

Dieses Heft erscheint in der Reihe EKD-Texte Nr. 40 und ist zu beziehen zum Selbstkostenpreis von 1 DM über Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, W - 3000 Hannover 21 oder Kirchenamt der EKD, Außenstelle Berlin, Auguststr. 80, O - 1040 Berlin oder die jeweiligen Landeskirchenämter.

Sammelbestellungen sind angebracht.

INFORMATIONEN ZUM AUSLÄNDER-, AUSLÄNDERINNEN-, ASYL- UND SOZIALRECHT

Diese Broschüre, herausgegeben von der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, enthält neben allgemeinen ausländer-, sozial- und asylrechtlichen Fragen, Hinweise zu Möglichkeiten nach Ablehnung des Asylantrages, verwaltungsrechtlichen Verfahren, zur Eheschließung mit ausländischen Staatsangehörigen, zur Schulpflicht und zum Aufnahmeverfahren für Aussiedler. Literaturempfehlungen runden die informative Broschüre ab.

Adresse der Ausländerbeauftragten **Almuth Berger**:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Rubensstr. 8

O - 1560 Potsdam

DEUTSCHLAND - DIE FREMDE

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

Autorin: Beate Horlemann, Bad Honnef 1990.

eXplizit - Unterrichtsmaterialien sind didaktisch aufbereitete

Basismaterialien zu aktuellen Themen, erstellt von Lehrern und anderen Autor(inn)en aus der schulischen Praxis.

Preise (incl. MWSt. zzgl. Versandkosten): Standardausgabe DM 12,-
Doppelausgabe DM 18,-. Bestellungen über Ihre Buchhandlung oder direkt an den Verlag:

Horlemann Verlag Unkel/Rhein und Bad Honnef

Lohfelder Str. 14

W - 5340 Bad Honnef

Tel. 02224-5589, Fax 02224-5429.



LESERBRIEF

Sehr geehrte Redaktion, ich bedanke mich für Ihre Antwort.

Beim Durchlesen der NAH & FERN fiel mir auf, daß Sie, genau wie Behörden und Politiker, Begriffe wie "Ausländer", "Asylanten", unkommentiert übernehmen.

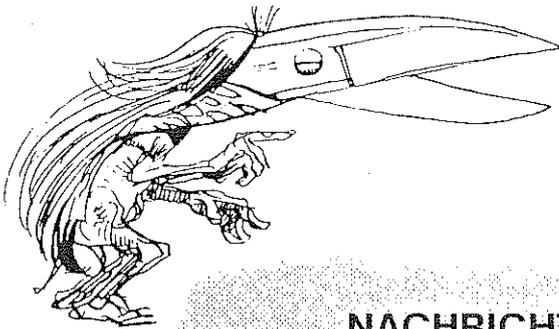
An der Sprache allein liegt's nicht, aber neue Begriffe können neues Denken erleichtern. Ich wünschte mir Karten, auf denen Landesgrenzen nicht zu sehn sind, und ebenso wünschte ich mir, daß Begriffe wie "Ausländer" aus den Papieren verschwänden.

Eine Lösung weiß ich auch nicht. "Zuwanderer" vielleicht. "Migranten" sind schon wieder solche "anten". "Einwanderer" wäre provokativ; wer es sagt, will, daß die BRD Einwanderungsland wird. Ganz frei von Vorurteil ist keins der Wörter. Die Wanderer wandern ja nicht aus freien Stücken.

"Vertriebene". Das weckt vielleicht die Erinnerung daran, daß wir die Vertriebenen nach dem Weltkrieg recht großzügig integrieren konnten. Die sprachen auch unsere Sprache. Und die Sprache bleibt Hauptunterschied, so lang wir keine Lingua Franca haben.

In der Hoffnung, ab und zu zusammen arbeiten zu können, grüßt Sie herzlichst

Herbert Laschet



NACHRICHTEN / INFORMATIONEN

Rückkehrprogramme für Vietnamesen und Mocambiquaner beginnen**Büro in Berlin eröffnet / 3,3 Millionen Mark in diesem Jahr**

Berlin. Vietnamesen und Mocambiquaner, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, können jetzt an einem von der Bundesregierung geförderten Fortbildungsprogramm teilnehmen. In Berlin wurde im Juli ein Büro des "Fachkräfteprogramms Vietnam und Mocambique" eröffnet, das Bewerbungen entgegennimmt. Unterstützt wird in erster Linie die Qualifizierung von Ausländern, die durch Regierungsabkommen als Arbeiter in die DDR kamen. Sie sollen entsprechend ihren Vorkenntnissen und Neigungen durch eine bis zu einjährige berufliche Ausbildung in unterschiedlichen Fachrichtungen für die Entwicklungsarbeit in ihren Ländern qualifiziert werden. Soweit möglich, wird die Fortbildung in ostdeutschen Unternehmen stattfinden.

aus epd

(Anm. d. Red.: Das Büro der AGEF befindet sich in der Georgenkirchstr. 70 (Gartenhaus), O -1017 Berlin-Friedrichshain)

Flüchtlingsrat für Sachsen

Für das Land Sachsen gibt es nun schon seit Februar 1991 einen FLÜCHTLINGSRAT. Dieser beschäftigt sich mit der landesweiten Situation von Flüchtlingen, versucht ihnen in Notsituationen zu helfen (Vermittlung von Kontakten, Rechtsanwälten und Dolmetschern, finanzielle Unterstützung), betreibt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und vernetzt lokale Initiativen. Der Flüchtlingsrat vertritt die Interessen der Betroffenen vor den verschiedenen Institutionen bis hin zur Landesregierung.

Das Büro des Rates befindet sich in Dresden, Dr.-Külz-Str. 19/Rathaus (Maritta Schieferdecker-Adolph, Tel. 488 23 51). Ansprechpartnerin in Görlitz ist seit August Ingrid Mente, Hospitalstr.2.

Deutsch-Polnisches Kontaktzentrum

An einer sensiblen Nahtstelle zwischen Ost und West soll in Görlitz mit einem Begegnungszentrum ein Baustein gesetzt werden, der sich in ein künftiges europäisches Haus einfügen läßt. Ungefähr 15 Personen treffen sich seit Juni und erarbeiten eine Satzung, um ihre Arbeit als e. V. besser umsetzen zu können.

Weiteres über Zielstellung, konkrete Schritte, treffpunkt etc. erfahren Sie über
Th. Köbler, Landskronstr. 28

Ausländerrat der Stadt Görlitz

Ein AUSLÄNDERRAT FÜR DIE STADT GÖRLITZ wurde im Sommer angedacht, ein Gremium aller Träger der Ausländerarbeit, in dem auch Behörden ihren Platz haben, mit denen Ausländer zu tun haben. Der Ausländerrat ist eine Plattform, die Austausch und Gespräch zwischen den verschiedenen Institutionen ermöglichen soll, um möglichst sinn- und wirkungsvoll für - hoffentlich auch bald mit - Ausländer/n leben und arbeiten zu können.

Ansprechpartnerin dieses Gremium sollte die neuernannte Ausländerbeauftragte der Stadt, Frau Papantropolis (über den Rat der Stadt zu erreichen, Tel. 67373) sein.

Asyl in Görlitz

Das erste WOHNHEIM FÜR ASYLSUCHENDE in Görlitz befindet sich in der Seidenberger Str. 41 (Tel. 83011) und kann ungefähr 100 Personen Platz bieten. Vorerst ist es noch Übergangwohnheim, d. h. die meisten Bewohner leben nur wenige Tage hier. Doch die ersten Mitbewohner auf Zeit haben auch schon einen Platz dort. In Zukunft soll es ein Dauerheim werden.

Insgesamt werden in Görlitz 220 Asylsuchende eine Heimat auf Zeit finden; dazu muß noch ein zweites Wohnheim gewonnen werden.

"Ausländer- und Flüchtlingsrat Thüringen" gegründet

Am 14. September 1991 wurde in der Gothaer Versöhnungskirche der AUSLÄNDER- UND FLÜCHTLINGSRAT THÜRINGEN gegründet.

Der AUSLÄNDER- UND FLÜCHTLINGSRAT versteht sich als ein breiter Zusammenschluß von Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Einzelpersonen, der eine politische Lobby mit und für ausländische MitbürgerInnen und Asylsuchende ist.

Dieser Rat, der am 9. November 1991 in Gotha ein Sprechergremium wählt, wird in der Öffentlichkeit und der Landesregierung gegenüber als ein legitimer Gesprächspartner auftreten und somit ein konzentriertes Vorgehen für die Rechte der in Thüringen lebenden AusländerInnen ermöglichen sowie für Fremdenfreundlichkeit und Toleranz in vielen öffentlichen Bereichen werben.

Gründungsmitglieder in Gotha waren VertreterInnen von in der Ausländerarbeit tätigen Initiativen aus Erfurt, Gotha, Jena, Weimar; die zu Thüringen gehörende Ev.-Lutherische Leipziger Mission, amnesty internationale und die IAF (beide Erfurt), das Diakonische Werk aus Eisenach, aus Suhl das Ev.-Luth. Kreiskirchenamt, die evangelische Stadtmission Erfurt sowie zwei als Privatpersonen agierende kommunale Ausländerbeauftragte. Beobachter waren je ein Vertreter der Landtagsfraktion NF/GR/DJ und des Hess. Ministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit. Immerhin: Zwei der GründerInnen waren Ausländer; ein reelles Spiegelbild der (ost)deutschen Wirklichkeit.

Hoffnungsvolle Signale gibt es aus dem Hessischen Ministerium: Im Rahmen der Thüringenhilfe soll - neben der Unterstützung für die in der Ausländer- und Flüchtlingsarbeit tätigen Gruppen - auch dieser Rat gefördert werden. Hoffnungsvoll auch Signale aus der Katholischen Kirche: am 9. 11. 1991 haben zwei Priester ihr Kommen zugesagt.

Vorläufiger Kontakt: Verein L'amitié / Kastanienallee 5, O-5800 Gotha

Das **Gustav-Stresemann-Institut e. V.** für übernationale Bildung und europäische Zusammenarbeit lädt ein zu einem Veranstaltungszyklus zum Thema "DEUTSCHLAND - FREMDE HEIMAT" in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Weltbilder, Münster.

In den Seminaren soll es darum gehen, die persönlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten und Begrenztheiten für die Entwicklung einer nationalen Identität herauszufinden, wo auch Raum für das Andere/Fremde ist. Die Seminarreihe richtet sich an MitarbeiterInnen aus der außerschulischen Jugendarbeit, an LehrerInnen, Ausländerbeauftragte und andere am Thema Interessierte.

Informationen: Gustav-Stresemann-Institut, Cornelia Mersios

Langer Grabenweg 68

W - 5300 Bonn 1

Tel. 0228/8107-172.



SOS RASSISMUS BERLIN

- SOS Rassismus Berlin ist ein Zusammenschluß von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen.
SOS Rassismus Berlin bietet ein Forum für Aktionen und Diskussionen.
SOS Rassismus Berlin will Denkanstöße für neue Formen des zivilen Ungehorsams entwickeln.
SOS Rassismus Berlin ist parteiunabhängig und finanziert sich ausschließlich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen.
SOS Rassismus Berlin will phantasievoll, mit Mut und Zivilcourage, gegen jede Form von sexistischer, nationalistischer und rassistischer Diskriminierung vorgehen.
SOS Rassismus Berlin versteht sich als Teil einer Bürgerrechtsbewegung, die bei der Verwirklichung der Menschenrechte weder Kompromisse noch Grenzen sieht.
SOS Rassismus Berlin kennt keine nach Paß oder Herkunft unterteilten demokratischen Rechte.
SOS Rassismus Berlin sieht die freie Entfaltung von Minderheiten als unverzichtbaren Bestandteil für eine lebenswerte, demokratische Kultur an.
SOS Rassismus Berlin will erreichen, daß durch vielfältige Aktionen die Aufmerksamkeit auch auf den gesetzlich sanktionierten Rassismus gelenkt wird (Ausländergesetzgebungen).
SOS Rassismus Berlin will zu einem Abbau rassistischer Vorurteile und zum Abbau einer Dominanzkultur beitragen.
SOS Rassismus Berlin strebt ein Klima von Toleranz und Offenheit an.

Kontaktadresse: SOS Rassismus e. V.
Kohlfurterstr. 44
W - 1000 Berlin 36
Tel. 030/614 79 90



Gegen Ausländerfeindlichkeit - Für Toleranz

Alle Religionen sind gleich
und gut, wenn nur die Leute,
so sie professieren,
ehrliche Leute sind.

Und wenn Türken und Heiden kämen
und wollten das Land peuplieren,
so wollen wir ihnen Moscheen und
Kirchen bauen.

Ein jeder kann bei mir glauben,
was er will,
wenn er nur ehrlich ist.

FRIEDRICH der GROSSE
(1740)

Freier Verband Deutscher Zahnärzte e. V., S. Frenzel, R. Harndt, W. Babin, J. Brand, A. Essink, W. Nolle, B. Steiner, J. Gromball, R. Amberger, H. Gavert, M. Funke, Schäfer aus Spremberg, Korbel aus Cottbus u.v.a.
(gefunden in: Berliner Zeitung vom 13. Nov. 91, S. 31)

Dokumentation

ESSENER ERKLÄRUNG

Die deutsche Gesellschaft hat eine Entwicklung zu bewältigen, die bei vielen tiefe Ängste auslöst: Die Einwanderung von Menschen aus dem Osten und dem Süden dieser Welt.

Die wachsende Freizügigkeit in Osteuropa, die mit Wirtschaftskrisen, aufbrechenden Nationalitätenkonflikten und einer zunehmenden Perspektivlosigkeit einhergeht,

fördert den Wunsch vieler Menschen, westwärts, nach Deutschland auszuwandern. Die Verelendung in den Ländern der 3. und 4. Welt führt bereits jetzt zu einer starken Einwanderung in die europäischen Mittelmeerländer. Diese Bewegung wird sich nach Norden fortsetzen. Dazu kommt die wachsende Freizügigkeit in Gesamt-Europa, die die Suche nach Arbeit und Wohlstand innerhalb der Länder der Europäischen Gemeinschaft fördert.

Viele Menschen in Deutschland sind durch diese Entwicklung verunsichert. Verunsichert auch, weil politische Antworten fehlen. Es gibt keine umfassenden, übergreifenden politischen Konzeptionen. Weder inhaltlich noch institutionell. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich unvorbereitet und ihren Ängsten überlassen. Rassistische Gewalttaten in letzter Zeit sind einerseits Indiz für stärker werdende Verunsicherung und Angst, wecken aber andererseits auch Ängste, wozu die Situation in den neuen Bundesländern und die dortigen Ereignisse beitragen.

Ängste und Verunsicherungen haben mit den Wanderungsbewegungen oft keinen direkten Zusammenhang. Häufig sind hinter ihnen ganz andere Ursachen wirksam. Trotzdem belasten sie das Verhältnis zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderten, ethnischen und religiösen Minderheiten: Da ist die wachsende Unübersichtlichkeit der Gesellschaft, der Zusammenbruch politischer Systeme; da sind die Spannungen und Belastungen, die den deutsch-deutschen Einigungsprozeß begleiten; und zudem hat der Golfkrieg weltweit den Menschen vor Augen geführt, wie ohnmächtig sie Konflikten, Krisen und Kriegen gegenüberstehen.

Eine instabile Situation, eine allgemeine Orientierungskrise ist die Folge. Das Aufleben alter Nationalismen, das Wachsen neuer Fundamentalismen gehören zu den Reaktionen. So bekommen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Ende des 20. Jahrhunderts zusätzlich gefährlichen Nährboden. Der wachsende Antisemitismus beängstigt hier vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrungen besonders.

Was muß unsere Antwort auf diese Entwicklung sein?

Denken wir an unsere eigene Vergangenheit: positiver, aber auch furchtbarer Umgang mit Minderheiten gehören zur deutschen Geschichte. Der Völkermord an den Juden, Sinti und Roma ist für uns elementare Verpflichtung, Minderheiten anzuerkennen und nicht auszugrenzen.

Es ist nicht allein Aufgabe der Politik, Menschen, die auf der Flucht sind oder als Einwanderer Heimat suchen, Hilfe zu geben. Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser, sozialer, politischer und nationaler Traditionen muß auch und vor allem vor Ort mitgetragen und gelebt werden. Dort, wo Menschen konkret ihre Probleme wahrnehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

Diese Herausforderung an jeden von uns verlangt, nach Antworten zu suchen und Verantwortung zu übernehmen - nicht abwehrend, sondern gestaltend - einzeln und gemeinsam.

Solidarisierung ist möglich. Die Erfahrungen der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegungen machen uns Mut; auch unsere Wahrnehmung, daß Fragen der Menschenrechte in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewonnen haben.

Wir rufen Sie daher auf, sich für ein verbindendes Zusammenleben zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderten Minderheiten einzusetzen. In der Gemeinde, im Alltag, im eigenen Lebensbereich.

Wir wenden uns an alle,

an die Mitwirkenden und die Besucherinnen und Besucher des 24. Deutschen Evangelischen Kirchentags, an die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die gesellschaftlichen Gruppen, die Kirchen, die Gemeinden, die Kulturschaffenden, die Medien, die vielen Initiativen, an jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger unseres Landes:

Setzen Sie sich mit uns dafür ein, daß es bis zum Kirchentag 1993 gelingt, folgenden Zielen ein Stück näher zu kommen:

1. WIR SAGEN JA ZUR GESELLSCHAFT MIT KULTURELLER VIELFALT

Unsere Gesellschaft ist plural. Menschen haben verschiedene Einstellungen, Empfindungen, Verhaltensweisen. Dies gilt im Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zur zugewanderten, aber auch innerhalb der einzelnen Gruppen und zwischen ihnen. Zu dieser Gesellschaft mit kultureller Vielfalt sagen wir ja. Je offener und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr Chancen hat sie und bietet sie den Menschen.

2. WIR WOLLEN SPANNUNGEN ZWISCHEN EINHEIMISCHEN UND ZUGEWANDERTEN ENTGEGENWIRKEN

Für viele von uns ist es ein Problem, daß in Deutschland Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen, Verhaltensweisen und Hautfarben zusammenleben. Oft wird Verschiedenheit nicht als Bereicherung oder Gabe empfunden, sondern als etwas Trennendes und Beängstigendes. Wir wollen bestehende Ängste und Verunsicherungen ernst nehmen und nicht vorschnell als Fremdenfeindlichkeit abstempeln; wir wollen vielmehr fragen, was sich hinter ihnen verbirgt.

3. WIR SUCHEN AUSTAUSCH UND DIALOG UM DER VERSTÄNDIGUNG WILLEN

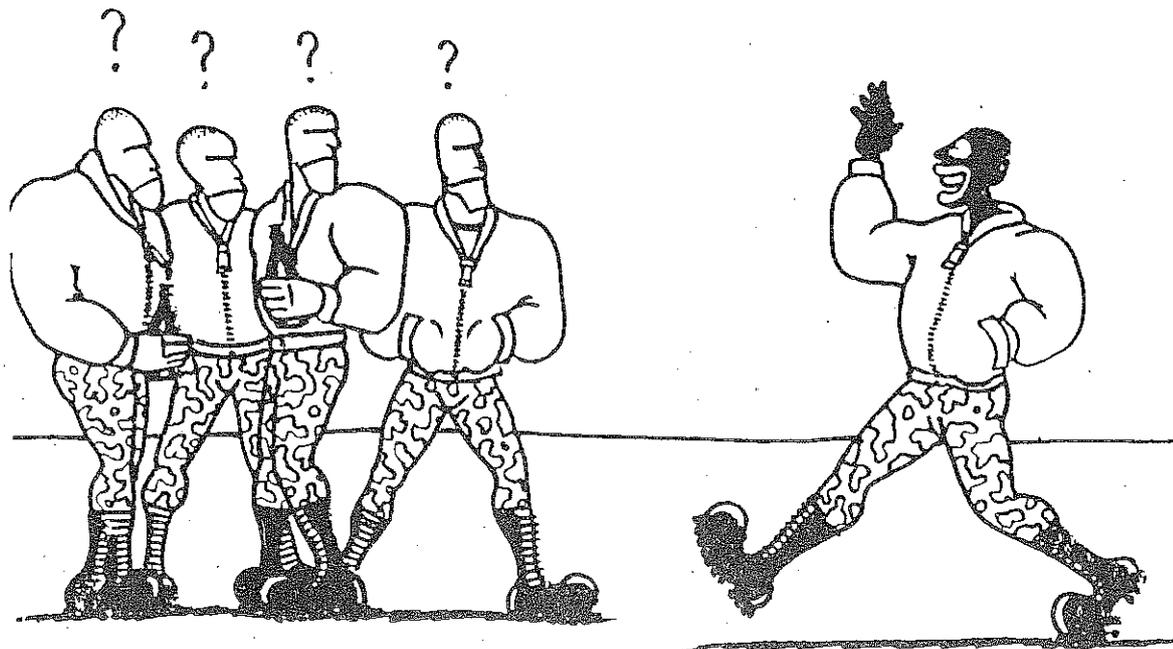
Berührungängste und Aggressionen werden durch Mißverständnisse, Vorurteile und Klischees gefestigt. Abbauen helfen können wir sie nur, wenn wir aufeinander zugehen, miteinander ins Gespräch kommen und uns aufeinander einlassen. Austausch und Gespräche wollen wir unterstützen, um die Lebenswirklichkeit der jeweils anderen kennenzulernen, Auseinandersetzungen als Chance zu erfahren und ein besseres Verständnis füreinander zu gewinnen.

4. WIR WOLLEN DIE MENSCHENRECHTE ACHTEN UND DIE RECHTLICHE UND POLITISCHE STELLUNG DER MINDERHEITEN VERBESSERN

Die Unterschiedlichkeit von Menschen anzuerkennen und zu schützen, gehört zu unserem Grundverständnis von Demokratie. Kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten und die gleichberechtigte Teilhabe an der Entwicklung der Gesellschaft bedürfen daher des rechtlichen Schutzes, auch eines "Rechtes auf kulturelle Unterschiedlichkeit". Dieses Recht gibt jedoch keine Rechtfertigung für menschenverachtende religiöse oder kulturelle Traditionen. Solchen stellen sich die Menschenrechte immer entgegen.

5. WIR WOLLEN CHANCENGLEICHHEIT FÖRDERN

Viele Menschen machen Erfahrungen von Benachteiligung und Diskriminierung. Dies gilt besonders für Millionen Bürger nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in unserer Gesellschaft. Aber auch im Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. Verschiedenheiten in Aussehen, Herkunft, Glauben, Nationalität gehen mit ungleich verteilten Chancen einher. Fortgesetzte Diskriminierung wird mit der Haltung "Ungerechtigkeit hat es immer gegeben und wird es immer geben" hingenommen oder gar gerechtfertigt. Solche Gleichgültigkeit muß aufgebrochen und die Vielfalt durch Chancengleichheit gefördert werden.



11.9. DANIEL

6. UNS SIND ETHNISCHE, RELIGIÖSE UND NATIONALE MIN- DERHEITEN WILLKOMMEN

Solange Diskriminierungen, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus nicht stärker abgebaut sind, werden andere Menschen - obwohl gleich an Rechten geboren - abgewertet und ausgegrenzt. Eigene Identität, die sich an vermeintlicher Überlegenheit stärkt, ist falsches Selbstbewußtsein. Es wächst gerade in Zeiten der Unsicherheit und Verunsicherung.

7. WIR WOLLEN BEREIT SEIN ZUM TEILEN

Wir wollen hören, was die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Umstände sind, die Menschen die Flucht ergreifen lassen. Wir wollen herausfinden, worin unser Anteil am Elend anderer Menschen besteht, unseren eigenen Anteil an der von uns mitverantworteten Ordnung der Weltwirtschaft erkennen und so das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Beschränkung und des Teilens wecken.

DIESEN ZIELEN WOLLEN WIR BIS ZUM KIRCHENTAG 1993 NÄHERKOMMEN.

In kleinen Schritten. Behutsam.

Wir wollen Mut machen zu einer "Initiative '93", die sich konkret vor Ort für Veränderungen einsetzt.

Die Leitung des Forums "Mit Fremden leben" des 24. Deutschen
Evangelischen Kirchentages 1991

Ansprechpartnerin: Dr. Beate Winkler, Bonn

Kontaktadresse: Deutscher Evangelischer Kirchentag
Postfach 480
6400 Fulda



Erklärung zum Kirchentag 1991 in Essen

*Die "Essener Erklärung" ist für mich wichtig!
Weil ich schwarze Haare und dunkle Haut habe und
die Vielfalt, die Harmonie in den unterschiedlichsten
Tönen liebe,*

*Weil dieses Land manchmal einfarbig, einseitig,
feindlich ist, oder droht braun zu werden und ich
lieber den Regenbogen sehen möchte,*

*Weil du mich manchmal mit Haß in deiner Seele
anschaust, als wäre ich Dir fremd. Und wir sind
alle Fremde und wie oft uns selbst fremd,*

*Weil ich nicht will, daß du dich um meine
Sorgen kümmerst, sondern daß du mir lieber
die Hand reichst, die Tür in unsere Fremd-
heit öffnest, keine Grenzen und keine Zäune
zwischen uns ziehst,*

*Weil du allein nicht bestehen kannst, ohne
mit mir zu sprechen, auch wenn ich es
schwer haben, deine Sprache zu verstehen,*

Weil ich nicht zwischen zwei Türen bleiben oder draußen stehen will, sondern dieselben Chancen haben möchte wie du und die Angst besiegen,

Weil diese eine Welt so mickrig im Universum dasteht, und es sinnlos oder witzlos wäre, wenn du behaupten würdest, du bist mehr oder besser als irgend ein anderer Mensch im Universum,

Weil wir nicht weniger werden, sondern mehr, und wenn wir uns nicht akzeptieren, werden wir uns hassen und gemeinsam untergehen, aber wir wollen weiterleben, zusammenleben,

Weil ich sensibel bin und mich von dir angegriffen fühle, genauso wie du sensibel bist und von mir dich provoziert oder gefährdet fühlst, und wir das laut uns sagen müssen,

Weil wir den Mut aufbringen müssen, uns die Wahrheit zu sagen, und dabei uns in die Augen zu schauen, anstatt uns ins Gesicht zu schlagen oder zu spucken,

Weil ich inzwischen ein Teil von dir und deiner Heimat übernommen und in mir habe, und das hat mich in die Nähe deiner Fremde gebracht,

Weil im Dialog mit dir ich mir endlich erhoffe, eine hörbare Lautstärke für meine Stimme, meine Klagen und meine Wünsche zu erhalten, ohne schreien zu müssen,

Weil es Tausende von Motiven gibt, die dafür sprechen, und kaum ein Grund dagegen, den es sich zu nennen lohnt,

Weil ich was von dir erwarte, ohne enttäuscht zu werden, was von dir verlange, ohne aufdringlich zu sein, was von dir fordere, ohne daß du Gefahr spürst, was mit dir teilen will, ohne daß du es verweigerst, bevor es zu spät ist,

Weil wir anders sind, ist die Welt bunter, so viele Farben, Völker, Sitten, Länder,

Weil ich anders bin als du, und trotzdem einer bin wie du.

Manuel Campos / Walldorf



Wichtige Hinweise für Asylbewerber zum Asylverfahren

Sie haben in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachgesucht. Nach dem Grundgesetz steht das politisch Verfolgten zu (Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder einer politischen Überzeugung).

Aufgrund unserer Erfahrungen fehlen häufig grundlegende Kenntnisse über das Asylverfahren. Deshalb wollen wir Ihnen im folgenden einige Ratschläge und Informationen geben:

I. Praktische Ratschläge

1. Informieren Sie sich über das hiesige Asylrecht. Unkenntnis schützt Sie nicht vor eventuellen negativen Folgen. Informationen geben Ihnen gerne:

Amnesty, International, Beratungsstellen, fachkundige Rechtsanwälte usw.

2. Sie müssen bei Ihrem Asylverfahren aktiv mitwirken, auch wenn Sie einen Rechtsanwalt hinzuziehen, wozu wir Ihnen dringend raten. Schon der ausführlichen und glaubhaften Begründung Ihres Asylantrages gegenüber der Ausländerbehörde kommt eine entscheidende Bedeutung zu.

3. Stellen Sie Ihre persönlichen Fluchtgründe widerspruchsfrei dar. Ihr individuelles Verfolgungsschicksal wird um so glaubwürdiger, je genauer Sie Einzelheiten (Ort, Datum, Beteiligte) konkret

schildern. Pauschale Fluchtschilderungen helfen nicht weiter. Nur zweifelsfrei echte Beweismittel, z. B. Dokumente, Zeugenaussagen, Zeitungsberichte, sind nützlich.

4. Verstehen Sie Äußerungen oder Mitteilungen der Ausländerbehörde, des Bundesamtes, des Rechtsanwalts usw. nicht, fragen Sie nach, bis Sie wissen, was gemeint ist.

5. Versäumen Sie keine angegebenen Fristen. Sollten Sie nicht durch einen Rechtsanwalt in Ihrem Asylverfahren vertreten werden, benennen Sie zumindest einen Bevollmächtigten, der Ihre Post in Empfang nimmt. Trotz Ihrer persönlichen Abwesenheit können dann notwendige Schritte eingeleitet werden.

6. Ändert sich Ihr Aufenthaltsort oder Wohnsitz, teilen Sie das umgehend der Ausländerbehörde, dem Bundesamt, dem Rechtsanwalt usw. mit. Schreiben, die Sie nicht in Empfang genommen haben, gelten dennoch als zugestellt. Stellen Sie bei Umzug einen Nachsendeantrag beim Postamt.

II. Grundzüge des Asylverfahrens

Das am 1. August 1982 in Kraft getretene Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) regelt im einzelnen den Weg, der zur Anerkennung oder Ablehnung Ihres Asylantrags führt. Um Sie zu informieren, stellen wir Ihnen das ziemlich komplizierte Asylverfahren in seinen Grundzügen dar:

1. Asyl-Beantragung

Der Asylantrag muß bei der zuständigen Ausländerbehörde gestellt werden. Diese - sowie auch schon die Grenzbehörde - kann entscheiden, ob überhaupt ein Asylantrag zustande kommt. Das wird verneint (sog. "unbeachtlicher" Asylantrag), wenn der Asylbewerber bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hat, und zwar bei

- längerem Aufenthalt in einem Drittland
- Besitz eines Passes eines anderen Landes.

In diesem Fall kann nur die Einreise erzwungen bzw. die Abschiebung* verhindert und somit ein "beachtlicher" Asylantrag geltend gemacht werden, wenn der Rechtsweg gemäß § 80 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung ("Antrag auf aufschiebende Wirkung der Abschiebungsandrohung") innerhalb von sieben Tagen beschriftet wird.

2. Asyl-Entscheidung

Die Ausländerbehörde leitet den Asylantrag an das Bundesamt** weiter. Das Bundesamt entscheidet über den Asylantrag.

2.1 Asyl-Anerkennung

Wird die Asylberechtigung anerkannt und legt der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten nicht innerhalb eines Monats beim Verwaltungsgericht Einspruch (Anfechtungsklage) ein, besitzt der ausländische Flüchtling den Status eines Asylberechtigten gemäß Genfer Flüchtlingskonvention. Asylberechtigte erhalten in der Regel eine befristete Aufenthaltserlaubnis.

2.2 Asyl-Ablehnung

Lehnt das Bundesamt den Asylantrag, ab, so ist dies entweder mit dem Zusatz "unbegründet" oder "offensichtlich unbegründet" versehen. Die zuständige Ausländerbehörde stellt dem Asylbewerber den Ablehnungsbescheid zu mit der gleichzeitigen Aufforderung, unverzüglich auszureisen; die Abschiebung* wird für den Fall angedroht, daß die Ausreise nicht während einer gesetzten Frist erfolgt.

Klagen gegen die Entscheidung des Bundesamtes** und die der Ausländerbehörde werden in einem gemeinsamen Verwaltungsgerichtsverfahren behandelt:

- Bei "unbegründeten" Asylanträgen kann der Asylbewerber innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ablehnungsbescheids und der Ausreiseaufforderung (Abschiebungsandrohung) beim zuständigen Verwaltungsgericht eine Anfechtungsklage erheben. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil wird dann die Abschiebungsandrohung ausgesetzt.

- Bei "offensichtlich unbegründeten" Asylanträgen muß innerhalb einer Woche beim Verwaltungsgericht "aufschiebende Wirkung der Abschiebungsandrohung" beantragt werden, wenn eine Abschiebung vermieden werden soll.

Eine Klage beim Verwaltungsgericht (innerhalb eines Monats) gegen die Entscheidung des Bundesamtes erübrigt sich nicht, sondern ist ebenfalls notwendig.

3. Berufung/Nichtzulassungsbeschwerde

Berufung gegen ein Verwaltungsgerichtsurteil ist möglich, sofern diese ausdrücklich zugelassen wird. Trifft das nicht zu, kann gegen die Nichtzulassung der Berufung Beschwerde eingelegt werden. Wird die Klage als "offensichtlich unzulässig" oder "offensichtlich unbegründet" abgewiesen, kann die Abschiebung sofort vollzogen werden.

4. Folgeanträge (Wiederholungsanträge)

"Folgeanträge" (Wiederholungsanträge) auf Asyl sind nur "beachtlich", soweit ein neuer Sachverhalt vorliegt, aus dem sich Asylgründe ergeben. Von einer Abschiebung wird dennoch nur abgesehen, falls die erste rechtskräftige Asylablehnung 2 Jahre zurückliegt und der Antragsteller sich rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhält.

Diakonisches Werk Württemberg e. V.
Abt. Ausland. Flücht./Auswanderer

* Dies gilt seit neuestem auch für Flüchtlinge aus Osteuropa (Warschauer-Pakt-Staaten)

** Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf, sowie dessen Außenstellen (z. B. Karlsruhe).

Die Fluchtursachen bekämpfen

Aspekte zur gegenwärtigen Asyldebatte

In der Bundesrepublik ist eine gnadenlose Abwehrschlacht gegen Asylbewerber entbrannt. In der durch Wahlkämpfe angeheizten Situation sind Asylsuchende zum Sündenbock für Fehlentwicklungen geworden. Vorläufiger Höhepunkt ist die sich abzeichnende große Koalition in Asylfragen: Die Ministerpräsidenten des Saarlandes und Baden-Württembergs haben mit ihrer Forderung nach Änderung von Artikel 16, Absatz 2, Grundgesetz, eine verheerende Diskussion entfacht. Geforderte Restriktionen wie die Änderung des Grundgesetzes, die Einschränkung der Lebensmöglichkeiten, die Verschlechterung des Unterbringungsstandards, die Verschärfung des Abschiebungsdruckes und übersteigerte Verfahrensverkürzungen haben fatale Folgen für das Ansehen von Flüchtlingen. Ohne Zweifel gibt es in der Bundesrepublik wie in anderen europäischen Ländern Probleme bei der Aufnahme, Anerkennung und Unterbringung von Flüchtlingen. Die Bundesrepublik und die Staaten Europas erleben einen grundlegenden Wandel. Wenn Grenzen fallen, haben unterdrückte und in ihren Menschenrechten verletzte Personen neue Möglichkeiten zu flüchten. Dies ist eine Folge der von uns gewünschten Öffnung in Osteuropa.

Besonders bewegend ist die äußerst bedrängte Lage der Roma. Sie sind nach wie vor Ausgestoßene. Aus nationalistischen Gründen werden Roma seit Jahren in Rumänien und anderen Ostblockstaaten unterdrückt und diskriminiert. Ihre Lebenssituation ist katastrophal. Hunderttausende Roma und Sinti fielen dem deutschen Rassismus zum Opfer. Die Hilfe für Roma ist für uns eine historische Verpflichtung.

Folgende Forderungen stehen zur Diskussion:

Einschränkung von Artikel 16?

Die Forderung nach Einschränkung des Asylgrundrechts wird von manchen Politikern seit längerem erhoben. Neu ist, daß sich mit dem Saarländischen Ministerpräsidenten ein führender Politiker der SPD von der bisherigen Asylpolitik der SPD distanziert hat. Setzt sich diese Forderung in der SPD durch, dann besteht erstmals die konkrete Möglichkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag für eine Grundgesetzänderung.

Der Vorschlag Lafontaines beinhaltet, Länder festzulegen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet. Asylsuchende aus diesen Ländern sollen an der Grenze ohne Überprüfung ihres Asylanspruches umgehend abgewiesen werden. Der Vorschlag übergeht die Tatsache, daß es in Ländern, in denen es keine generelle Unterdrückungspolitik gibt, sehr wohl zur Verfolgung Einzelner kommen kann.

Dies wird an einem Beispiel deutlich: Es wird gesagt, daß es in Jugoslawien keine politische Verfolgung mehr gebe.

Deshalb könnten jugoslawische Asylbewerber direkt an der Grenze zurückgewiesen werden. Diese Einschätzung verkennt aber die tatsächliche Menschenrechtssituation in Jugoslawien. Besonders in Kosovo kommt es nach wie vor zu Verhaftungen von Albanern, die sich für die Rechte ihrer Volksgruppe auf friedlichem Wege einsetzen. Nach dem Vorschlag zur Grundgesetzänderung würden diese politisch Verfolgten dann an der Grenze sofort zurückgewiesen. Für diese einzelnen politisch Verfolgten ist das Grundrecht auf Asyl abgeschafft.

Die Diskussion um Artikel 16 Grundgesetz ist eine Augenwischerei. Selbst die Abschaffung von Artikel 16 Grundgesetz kann die Zuwanderung von Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland nicht aufhalten. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, daß Flüchtlinge in ihrer Not immer wieder Wege zur Einreise finden. Wer unser Land von Flüchtlingen freihalten will, muß eine Mauer um Deutschland ziehen und sie mit Wachposten besetzen. Wer das will, soll es der Bevölkerung offen sagen.

Einschränkungen der Sozialhilfe

Die in der Vergangenheit eingeführten Abschreckungsmaßnahmen wie das fünfjährige Arbeitsverbot, Sammellager, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Gewährung der Sozialhilfe in Sachleistungen oder Kürzung der Sozialhilfe wie z. B. in Bayern haben bisher ihr Ziel verfehlt. Flüchtlinge ließen sich deswegen nicht abschrecken. Die entwürdigende Behandlung von Asylsuchenden hat jedoch die Fremdenfeindlichkeit gesteigert. Darüber hinaus haben Untersuchungen in Bayern ergeben, daß die Gewährung der Sozialhilfe als Gemeinschaftsverpflegung oder Naturalleistung die Kosten um 10 % erhöhen.

Das Bundessozialhilfegesetz hat zum Ziel, jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen (Artikel 1 Grundgesetz). Naturalversorgung ist nicht mit Artikel 2 des Grundgesetzes vereinbar, wonach jeder Mensch ein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat. Die Wahrung der Menschenwürde verlangt den Respekt vor dem kulturellen Hintergrund der Flüchtlinge, der sich z. B. in der Art und Weise zu kochen niederschlägt. Zur Wahrung der Menschenwürde gehört in einer Demokratie die Möglichkeit einer selbständigen Lebensführung. Jeder soll selbst entscheiden, was er sich und seiner Familie auf den Tisch stellt.



Uwe Krausel / Berlin

Noch schnellere Asylverfahren?

Bereits jetzt wird oft auf der Grundlage von einer nur zehn Minuten dauernden Anhörung innerhalb von vier Wochen über einen Asylantrag entschieden. In dieser kurzen Frist ist es oft nicht möglich, die Fluchtgründe ausreichend offenzulegen. Kein Wunder, daß Flüchtlinge versuchen, vor Gericht zu ihrem Recht zu kommen. Burkhard Hirsch (FDP) ist zuzustimmen, wenn er sagt, daß das Asylverfahrensrecht die Rechtsmittel in einer Weise einenge, wie es der Bürger in keiner Weise akzeptieren würde, wenn er damit *"auch nur einen Prozeß um seinen Hund führen müßte."*

Bei jeder Beschleunigung der Asylverfahren muß der Rechtsschutz gewährleistet bleiben. Deswegen ist eine Beschleunigung nur durch einen verstärkten Ausbau der Entscheider und eine vermehrte Einstellung von Richtern akzeptabel.

Die von manchen geforderte schnellere Abschiebung, sogar in Kriegs- und Krisengebiete, lehnt PRO ASYL ab.

Für eine Wende in der Asylpolitik

PRO ASYL fordert eine Wende in der Asylpolitik: Statt des Kampfes gegen Flüchtlinge ist der politische Kampf gegen die systematische Verletzung der Menschenrechte zu führen, die für das Entstehen von Fluchtbewegungen verantwortlich ist. Hier ist als Beispiel das NATO-Land Türkei zu nennen. Die zweitstärkste Gruppe von Flüchtlingen kam 1989 mit 20 020 Personen aus der Türkei, bis Ende August 1990 waren es

15 728.

Die Bundesregierung sagt selbst, daß in der Türkei die Menschenrechte verletzt werden. Trotzdem liefert sie Waffen, mit denen die türkische Regierung einen Krieg gegen Kurden führt. Wir sind besorgt, daß der Aufmarsch türkischer Truppen an der irakischen Grenze zu einer Verschärfung der Übergriffe gegen Kurden führt.

PRO ASYL fordert von der Bundesregierung ein Waffenembargo gegen die Türkei, solange dort die Menschenrechte systematisch verletzt und Minderheiten rigoros unterdrückt werden. Wir verweisen auf die Österreichische Regierung, die im Mai 1990 die Ausfuhrgenehmigung für Munition mit der Begründung verweigerte, in der Türkei würden die Menschenrechte mißachtet.

Wir fordern, daß die Bundesregierung im Rahmen des Europarates, dessen Mitglied die Türkei ist, die rechtlichen und politischen Möglichkeiten offensiv ausschöpft und gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei vorgeht.

Wir wenden uns gegen Abschiebungen insbesondere von Kurden, Christen und Yeziden in die Türkei und fordern für sie einen bundesweiten Abschiebestopp. Ausführliche Informationen dazu enthält das Flugblatt von PRO ASYL "Asylrecht ist Menschenrecht, Fluchtursachen beseitigen - die Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber der Türkei".

Elemente einer vernünftigen und humanen Zuwanderungs- und Asylpolitik

* Die Zuwanderung vor allem aus Ländern Osteuropas wird solange anhalten, wie dort Menschenrechte verletzt werden, Bürgerkriege stattfinden und die Verelendung nicht aufgehalten werden kann. Alle administrativen Maßnahmen werden - wie bisher - gegenüber diesen Fluchtbewegungen erfolglos bleiben. Das Asylrecht ist untauglich, mit dieser Fluchtbewegung fertig zu werden. Auch das neue Ausländergesetz versagt angesichts dieser Herausforderung. Erforderlich ist eine neue Zuwanderungspolitik. Die Zuwanderung aus Ländern wie Polen könnte durch eine kontingentierte Einwanderungspolitik außerhalb des Asylrechts geregelt werden. Wir haben endlich einzusehen: Offene Grenzen haben ihren Preis. Dabei ist die Zuwanderung aus Osteuropa nur der Vorbote einer neuen Völkerwanderung von Süd nach Nord.

* Bereits jetzt ist das Asylrecht eine Rechtsruine. Trotz guter Gründe (z. B. Gefahr für Leib und Leben durch Bürgerkrieg) erhalten Flüchtlinge kein Asyl. Die Ausgestaltung der Prüfung des Flüchtlingsstatus' wird den Fluchtrealitäten nicht mehr gerecht. Statt über eine Einschränkung sollte über eine inhaltliche Erweiterung des Flüchtlingsbegriffes nachgedacht werden.

* Trotz Ablehnung des Asylantrages werden rund zwei Drittel aller Antragsteller außerhalb des Asylrechts aus humanitären, rechtlichen und politischen Gründen nicht abgeschoben. Diesen zwar abgelehnten, aber geduldeten de-facto-Flüchtlingen sollte eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

* Statt des Kampfes gegen Flüchtlinge ist der Kampf gegen die Fluchtursachen zu führen. Viele Flüchtlinge kommen aus Ländern, mit denen die Bundesrepublik wirtschaftliche und diplomatische Verbindungen pflegt. Möglichkeiten der politischen Intervention, die für das Beispiel Türkei aufgezeigt wurden, gibt es auch für andere Länder.

* PRO ASYL fordert die Abschaffung des Arbeitsverbotes, die ungekürzte Auszahlung der Sozialhilfe in Geld, die Aufhebung der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Durch einen humanen Umgang mit Flüchtlingen werden Kosten gespart, die z. B. für ein Wohnungsbauprogramm eingesetzt werden können.

* Im Europa der offenen Grenzen können Roma und Sinti wieder wie in früheren Jahrzehnten und in anderen

europäischen Ländern herumreisen. Die ständige Flucht gehörte zur Strategie ihres Überlebens. Wir dürfen sie dabei nicht in ein Asylverfahren zwingen, zumal viele weiterreisen oder zurückkehren möchten. Jahrhundertelange Traditionen und eine furchtbare Geschichte der Unterdrückung, Mißachtung und Ausrottung haben diese Menschen geprägt.

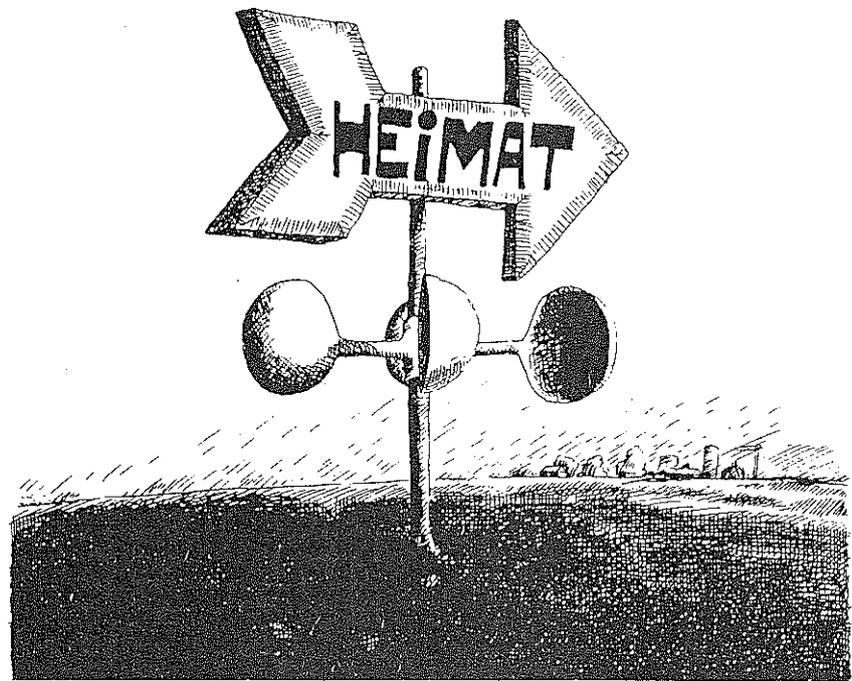
Zwei wichtige Forderungen sind:

1. eine dauerhafte europäische Lösung entsprechend den europäischen Konventionen;
2. keine Ausweisung in die Herkunftsländer, in denen Diskriminierung und Unterdrückung drohen.

* Ab 3. Oktober 1990 werden Flüchtlinge auch in den Ländern der früheren DDR aufgenommen werden. Die Bevölkerung ist auf das Zusammenleben mit Asylsuchenden nicht vorbereitet. Wenn verstärkte fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen gegen diese Fremden verhindert werden sollen, ist ein eigenständiges und großzügiges Flüchtlingsprogramm zu entwickeln, zu dem auch die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme und umfassende Informationen über Fluchtursachen gehören. Ein Aufrechterhalten des Arbeitsverbotes würde gerade im früheren DDR-Gebiet pogromartige Stimmungen gegen Fremde hervorrufen.

* Statt einem menschenverachtenden Wahlkampf gegen das Asylrecht und die Flüchtlinge wäre eine ehrliche und offene Diskussion über eine neue Zuwanderungspolitik nötig. Die Kosten gehören in den Rahmen der internationalen Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland auch für das Entstehen von Flucht hat. Es gibt künftig nur eine Alternative: Entweder wir mauern uns ein oder wir sind bereit, unseren Reichtum gerechterweise zu teilen.

Dokumentation von PRO ASYL



WALKER 5/91

WINDSPIEL

Empfehlungen zur sozialen Betreuung von Flüchtlingen, die wegen drohender Abschiebung von Gemeinden aufgenommen werden (Okt. 1991)

I. Vor der Aufnahme

1. Es ist möglich, daß Sie von Flüchtlingen um Aufnahme gebeten werden, bei denen eine Aufnahme noch nicht nötig ist. Prüfen Sie daher zunächst mit dem Rechtsanwalt/der Rechtsanwältin der Flüchtlinge und/oder mit der Beratungsstelle des Arbeitskreises "Asyl in der Kirche", ob eine Aufnahme nötig ist. Eine Aufnahme ist u. U. dann nicht notwendig, wenn noch Rechtsmittel gegen die Ausweisung eingelegt werden können. Demgegenüber besteht häufig akute Gefahr, wenn die Flüchtlinge Meldebescheinigungen mit dem Stempelaufdruck "Flugticket vorlegen" besitzen.

2. Verschaffen Sie sich einen ersten Eindruck über die Gründe der angedrohten Abschiebung und über die Folgen für die Hilfesuchenden (Gefahr für Freiheit, Leib oder Leben, Trennung der Familie, Zerstörung bereits erfolgter Integration hier etc.). Sie sollten die Überzeugung gewinnen, daß Sie aus christlich-ethischen, aus rechtlichen oder aus anderen wichtigen Gründen den Flüchtlingen helfen und für ein Verbleiben in Berlin eintreten müssen.

3. Sie sollten bereit sein, die Flüchtlinge aufzunehmen, bis die Frage ihres Verbleibs geklärt ist. Es ist letztlich nicht kalkulierbar, wie lange eine Aufnahme nötig ist und wie sie enden wird. Prüfen Sie, welche räumlichen, zeitlichen, finanziellen und personellen Mittel Sie haben und mobilisieren können. Wenden Sie sich gegebenenfalls an andere Gemeinden zur Unterstützung.



II. Nach der Aufnahme

5. Fragen Sie die Flüchtlinge nach der Vorgeschichte ihres Falles, nach allen Rechtsanwälten, Beratungsstellen, Unterstützern etc., die sich bisher um ihren Fall gekümmert haben. Nehmen Sie Kontakt zu diesen Personen auf. Unterrichten Sie auch den örtlichen Beauftragten für Ausländerarbeit.
6. Sprechen Sie das Vorgehen regelmäßig mit der betreuenden Beratungsstelle und mit dem Rechtsanwalt/der Rechtsanwältin ab.
7. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, eine verantwortliche Betreuergruppe zu bilden, deren möglichst regelmäßige Treffen offen sein sollten für interessierte Gemeindeglieder. Beteiligen Sie auch die Flüchtlinge.
8. Sprechen Sie mit den Flüchtlingen über ihre weiteren Lebensperspektiven für den Fall, daß die Abschiebung verhindert werden kann. Sprechen Sie untereinander und mit den Flüchtlingen auch darüber, was Sie im Falle eines Scheiterns Ihrer Bemühungen noch tun können.

III. Betreuung der aufgenommenen Flüchtlinge

9. Versuchen Sie, die notwendigen Bedürfnisse der Flüchtlinge sicherzustellen. Vermeiden Sie aber Überversorgung, Überbehütung und Entmündigung. Fordern Sie die Flüchtlinge auf, soviel wie möglich selbst zu tun.
10. Es ist möglich, daß Sie sich von den aufgenommenen Flüchtlingen enttäuscht fühlen. Richten Sie sich darauf ein, daß die Flüchtlinge auf Ihre Hilfsangebote anders reagieren können, als Sie es von ihnen erwarten. Dies muß nicht Undankbarkeit bedeuten. Andererseits sollten Sie auch Ihre Erwartungen den Flüchtlingen gegenüber deutlich machen.

IV. Kosten der Aufnahme

11. Grundsätzlich ist damit zu rechnen, daß mit Ablauf der Duldung Sozialhilfeansprüche wegfallen. Wenn noch Ansprüche auf Sozialhilfe bestehen, müssen Sie nicht unbedingt vom ersten Tag der Aufnahme an für alle Kosten aufkommen. Prüfen Sie sofort nach der Aufnahme mit einer Beratungsstelle, ob für alle oder einzelne Flüchtlinge noch Sozialhilfeansprüche bestehen. Machen Sie diese sofort geltend, sonst können sie verfallen.

V. Hilfe zum Lebensunterhalt, wenn keine Ansprüche auf Sozialhilfe mehr bestehen

12. Sie sollten bei den Mitteln, die Sie den Flüchtlingen zur Verfügung stellen, auf eine Gleichbehandlung mit den anderen Flüchtlingen achten. Orientieren Sie sich in etwa an den Sozialhilfesätzen.
13. Zahlen Sie eine zum Lebensunterhalt ausreichende feste Summe regelmäßig aus, damit die Flüchtlinge fest kalkulieren können. Lassen Sie sie selbständig wirtschaften.
14. Bitten Sie andere Gemeinden und Spender, Sie finanziell bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen.

IV. Krankheit

15. Fragen Sie die Flüchtlinge, ob bei einem Arzt noch ein Krankenschein für das laufende Quartal vorliegt.
16. Prüfen Sie zusammen mit einer Beratungsstelle, ob noch Ansprüche auf Krankenbehandlung bestehen. Falls noch Ansprüche bestehen, gelten diese nur für unerlässlich notwendige Behandlungen.
17. Falls keine Ansprüche auf Krankenbehandlung bestehen, sprechen Sie Ärzte in Ihrer Gemeinde oder Ihnen bekannte Ärzte an. Erkundigen Sie sich bei den Beratungsstellen nach Ärzten, die in solchen Fällen beraten und helfen können.

VII. Schulbesuch der Kinder

18. Für die Flüchtlingskinder besteht Schulpflicht. Wenn möglich sollten Sie dafür sorgen, daß die Kinder die bisherige Schule weiter besuchen. Andernfalls versuchen Sie, die Kinder in einer Schule anzumelden. Unter Umständen können kleinere Kinder in Kindertagesstätten oder Mini-Clubs aufgenommen werden. Wegen der Kosten muß mit der Gemeinde verhandelt werden.

Presseerklärung der Bischöfe im Freistaat Sachsen

Ausländer werden verhöhnt, gejagt, geschlagen, getötet. Wir schämen uns, daß dies in unserer Mitte geschieht. Menschen sehen zu, schweigen, applaudieren sogar. Wir sind entsetzt über das Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit. Ja, wir haben eine Fülle von Problemen, vieles kommt zusammen: Arbeitslosigkeit, allgemeine soziale Verunsicherung, innere Zerrissenheit, das härtere Klima im menschlichen Miteinander, aufgestaute Aggressivität und eine über Jahre verdeckte Fremdenfeindlichkeit, die jetzt zum Ausbruch kommt. Wir sehen mit Sorge, daß durch die seit Monate geführte Asyldebatte das Lebensrecht der Ausländer bei uns in Frage gestellt wird. Wir bezeugen in dieser Situation mit Entschiedenheit, daß die Würde und das Lebensrecht aller Menschen nach dem Willen Gottes unantastbar sind. Wir bekennen uns dazu, daß nach biblischer Grundüberzeugung der Fremde des besonderen Schutzes der menschlichen Gemeinschaft bedarf. Wir sprechen unsere Überzeugung aus, daß die Gerechtigkeit einer Gesellschaft daran zu messen ist, wie sie mit dem schwächsten Glied umgeht.

Wir treten deshalb mit Nachdruck für die unverkürzte Beibehaltung des Artikels 16 des Grundgesetzes ein. Die auftretenden Probleme und Konflikte bedürfen politischer Lösungen, die dem Ernst der Weltlage Rechnung tragen. Nicht nur politische Verfolgung, sondern auch das Wohlstandsgefälle bedrohen das Leben vieler Völker elementar.

Wir wenden uns an Euch, die Gemeinden in den Kirchen unseres Landes, denn überall leben und wohnen Ausländer inmitten von christlichen Gemeinden. Überwindet Eure Angst und Scheu. Sucht Kontakt zu den Ausländerinnen und Ausländern, zu den Heimen und ihren Leitungen. Bildet Gruppen mit anderen Gemeinden in Eurem Bereich, die die Initiative ergreifen und in Konflikten zu vermitteln versuchen. Sucht das Gespräch mit Euren Kindern, Nachbarn und Kollegen; widersteht der Versuchung, unsere gegenwärtigen Probleme auf die Ausländer abzuschieben. Laßt Eure Häuser zu Stätten der Begegnung, der Zuflucht und des Gebetes werden.

Christus hat seine Gemeinde Salz der Erde und Licht der Welt genannt. Er hat uns damit berufen, inmitten der menschlichen Gemeinschaft Zeichen des Friedens und der Versöhnung zu sein.

Dresden, den 25. September 1991

Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Dr. Johannes Hempel
Ev.-meth. Kirche, Dr. Rüdiger Minor
Bistum Dresden-Meißen, Joachim Reinelt
Ev. Brüderunität Herrnhut, Theodor Gill



Berichtigung/Nachtrag

Durch ein Versehen haben wir den Namen des Autors des Beitrages "Zur Diskussion innerhalb der 'Interkulturellen Pädagogik' an den Universitäten der 'alten' Bundesländer" (NAH & FERN Nr. 7, S. 28 ff) nicht genannt. Es handelt sich hierbei um Prof. Gottfried Mergner von der Universität Oldenburg, Arbeitsgruppe "Interkulturelle Pädagogik". Wir bitten um Entschuldigung.

Nachrichten / Adressen

Ausländerrat Dresden (Mitglied der VIA Bonn)

Geschäftsstelle: Heinrich-Zille-Str. 6

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 8.00 - 16.00 Uhr

Tel. 471 05 58

Besondere Beratung für Mitbürger anderer Nationalitäten: Jeden Mittwoch 9.00 - 18.00 Uhr / Der Ausländerrat trifft sich an jedem 1. Mittwoch im Monat um 19.30.

buntstift e. V.

Föderation der grün-nahen Landesstiftungen & Bildungswerke

Groner-Tor-Straße 31-32, W - 3400 Göttingen

Tel. 0551/460-70/10/64 Fax 0551/42858

Die Auslandsarbeit dieses Vereins - in erster Linie Projektarbeit - wird durch einen Internationalismus-Beirat gestaltet. Zu ihm gehören VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen der Stiftung, aus Universitäten und Hilfswerken.

Die CABANA Suhl trifft sich seit 10. 10. 91 an jedem 1. Freitag im Monat von 19.00 - 22.00 Uhr im Club- und Vereinshaus Suhl, Bahnhofstr. 20. Kontakt über Adelino Massuvira.

BERLIN TÜRK VELILER BIRLIGI (Türkischer Elternverein in Berlin/West e. V.)
 Oranienstr. 34, W - 1000 Berlin 36, Tel. W - 614 32 99
 Informationsveranstaltungen in Türkisch: samstags 15.00 - 18.30 Uhr

Verein zur Förderung von Immigranten aus der Sowjetunion "FIS" e.V. i. G.
 Kontakt über Frau Koch, Telefon (O-Berlin) 965 10 35

"Offensiv 91" e. V. i. G. bietet an: Infothek und "Spielothek" (Kinderbetreuung) für arbeitslose Aus- und InländerInnen
 Adresse (ab Jan. 92): Flutstr. 26, O - 1160 Berlin-Schöneeweide
 Kontakt über Ewa Ritzschke, Tel. 632 80 46

Interkulturelle Begegnungsstätte für Deutsche und Ausländer
 Rudower Chaussee 16-25, Haus 5b, O - 1199 Berlin (Frauke Rother)
 Beratung: Mo 15.00 - 17.00 Uhr, Mi 12.00 - 17.00 Uhr, Fr 9.00 - 13.00 Uhr

Die RAA (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen e. V.) ist umgezogen!
 Neue Adresse: Schumannstr. 5, O - 1040 Berlin (Nähe Bhf. Friedrichstraße), Tel. 282 30 79

Die Arche = Multikulturelles Zentrum in O - 1092 Berlin, Schöneicher Str.3/4

BAOBAB - Infoladen **EINE WELT** e.V.
 O-1055 Berlin, Winsstr.53
 Offen für alles! Geöffnet aber erst ab 10 Uhr, ab 17 Uhr Cafe
 Thematische Abende z.B. am **16. Januar: Südafrika brandaktuell (Gäste) 20 Uhr**
29. Januar: Mario Corvello/ Leben in Brasilien (u.a. Lyrik) 20 Uhr

Verkauf von 3. Welt-Produkten, Bio-Zeugs in der Wichertstraße 53 (an der Prenzlauer Alle)

Beratungsstelle für ausländische Mitbürgerinnen
 Wartenberger Str. 10, Haus F, Zi.103
 Berlin Hohenschönhausen
 Montag bis Freitag 8 - 16 Uhr / Mittwoch 16 - 21 Uhr

CABANA Begegnungszentrum für Aus- und Inländer:
 Höchste Str. (Friedensstraße)
jeden Dienstag ab 18 Uhr

THEMEN:

- 7.1.91 "Ein Weißer erlebt Afrika" (Diabericht)
- 14.1.91 E-Music live (Keine Chance für Dilettanten)



Bearb. _____	Anl.: _____
Eing. _____	
J. Nr. _____	
Beentw. _____	

Der FLÜCHTLINGSRAT BERLIN verleiht zum "Tag des Flüchtlings" 1991

DAS STEINERNE HERZ

an den deutschen Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzenden

Dr. Helmut Kohl

Herr Dr. Kohl erhält diese "Auszeichnung" stellvertretend als Repräsentant eines herrschenden Milieus von "Pontius-Pilatus-Politikern" in der Bundesrepublik: Im Kampf um Wählerstimmen haben sie entscheidend dazu beigetragen, daß Menschen, die in Deutschland als Flüchtlinge Schutz suchen, hier erneut verfolgt und entwürdigt werden, traumatische Ängste erleiden und um ihr Leben fürchten müssen. Nun waschen sie wie ihr biblischer Berufskollege die Hände in Unschuld: *"Uns trifft keine Schuld an diesem Blut, sehet ihr zu!"* (Matthäusevangelium, Kapitel 27).

An der Flamme der Fremdenfeindlichkeit und der Ausländerangst haben in der Vergangenheit schon manche Politiker gezündelt. Der Flüchtlingsrat Berlin hat vor einem Jahr darauf hingewiesen, als er das STEINERNE HERZ 1990 an den SPD-Politiker Oscar Lafontaine verlieh. Heute stellen wir mit Dr. Helmut Kohl alle die politischen Akteure in den Mittelpunkt, die inzwischen durch Falschinformationen und Panikmache - aber auch durch einen gezielten Konfliktkurs in der praktischen Flüchtlingspolitik - das Feuer zum Flächenbrand geschürt haben. Der deutschen Bevölkerung werden dabei auf demagogische Weise Informationen und Einsichten verschwiegen, die den Politikern aller Parteien geläufig sind: Alle Veränderungen am deutschen Asylrecht und Asylverfahren werden nichts an den Ursachen der Fluchtbewegungen ändern und deshalb die Zahl der Flüchtlinge nicht einschränken. Und die Fluchtursachen liegen nicht in erster Linie in allgemeiner Armut, sondern zumeist in ganz konkreten Verletzungen von Menschenrechten, in der Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten, in Nationalitätenkonflikten und Bürgerkriegen. Die Politik der Bundesrepublik hat aber bisher aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Rücksichten kaum wirksamen Druck auf Verfolgerländer ausgeübt und Programme durchgesetzt, daß solchen Menschen und Gruppen ein menschenwürdiges Lebensrecht in ihrer Heimat gesichert wird.

Der Öffentlichkeit gegenüber aber werden solche Flüchtlinge als "Scheinasylanten" diffamiert. Dabei wird fast immer die Information unterdrückt, daß eine große Zahl unter ihnen - auch wenn sie nicht formal als politische Flüchtlinge anerkannt werden - ein gesetzlich verankertes Recht haben, in Deutschland zu bleiben. Die Bundesrepublik ist durch die allgemeinen Menschenrechtsgarantien des Grundgesetzes und durch die Unterzeichnung von Völkerrechtsverträgen verpflichtet, ihnen Aufenthalt und Schutz zu gewähren. Wer in der öffentlichen Diskussion um das Flüchtlingsproblem solche Tatsachen verschweigt, setzt sich dem Verdacht aus, daß er die Bevölkerung durch ein künstlich hochgeputschtes Scheinproblem vom politischen Versagen in wirklich wesentlichen Fragen des Landes ablenken will. Als Partei- und Regierungschef trägt Herr Dr. Kohl in unseren Augen dafür die letzte Verantwortung. Darum verleihen wir ihm vor allen das STEINERNE HERZ 1991.

Herr Dr. Kohl hat sich in der unseligen "Asyldebatte" der vergangenen Monate mit eigenen Negativ-Äußerungen zurückgehalten. Er hat es aber bis heute unterlassen, dieser Kampagne Einhalt zu gebieten und sich mit dem ganzen Gewicht seines Ansehens und seiner Führungsämter dem Ausländerhaß und der Flüchtlingshetze entgegenzustellen. Er hat als Regierungschef nicht das Nötige veranlaßt, daß durch staatliche Maßnahmen den ständigen Entwürdigungen und Bedrohungen von Flüchtlingen und anderen Ausländern, den Überfällen, Morden und Brandanschlägen ein Ende gesetzt wird. (Es erscheint kaum vorstellbar, daß die Verantwortlichen in unserem Land auf ähnlich zurückhaltende Weise reagieren würden, wenn die "Wohnheime" des politischen und wirtschaftlichen Establishments in vergleichbarer Art durch Anschläge und Überfälle bedroht wären.)

Mit der Verleihung des STEINERNEN HERZENS an Herrn Dr. Kohl richten wir den dringenden Appell an die Verantwortlichen in allen Parteien: **Stellen Sie endlich die ausweglose Scheindiskussion um das Asylrecht ein! Bemühen Sie sich stattdessen bitte mit allen Kräften darum, daß die Grundwerte unserer Verfassung: Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz, für alle Menschen in Deutschland erhalten bleiben und durchgesetzt werden - auch für die Flüchtlinge, die zu dieser Zeit in doppelter Weise auf unseren Schutz angewiesen sind.**

gez. Frauke F. Hoyer
Flüchtlingsrat Berlin

Berlin, den 4. Oktober 1991